

metall



Nr. 6

Juni 2005
Jahrgang 57
D 4713

D a s M o n a t s m a g a z i n

► HARTZ IV UND DIE FOLGEN

Falle für Arbeitslose

Kapitalismuskritik

Interview mit Franz Müntefering

Ratgeber

Büroorganisation



Ganz treffend

metall-Titel 5/2005: »Die Plünderer sind da«

► Es ist schon erstaunlich, mit welcher Dreistigkeit Politiker wie Herr Westerwelle die Rechte der Arbeitnehmer in kürzester Zeit eliminieren wollen. Da wird die Gewerkschaft für die schlechte Wirtschaftslage hergenommen. Da soll die Gewerkschaft nur mehr als handlungsunfähige Arbeitnehmervertretung abgestempelt werden. Warum können sich Leute dieser Gesellschaft, wenn es ernst wird, jeglicher Verantwortung entziehen? Die Verantwortung besteht doch nicht nur, dass eine Firma Rekordgewinne macht, sondern auch dass der Mensch das Recht auf menschenwürdige Arbeit hat.

Raith Ludwig, Abensberg

Herbert Seidel, Berlin

Der Artikel und das Bild sind hervorragend – bissig, aufklärerisch und für uns Arbeitnehmer relevant.

► Bei dem Titelthema haben sich mir die Augen geöffnet. Ich frage mich nur, wie wir als Metalller dagegen angehen können. Ich hoffe, dass ihr dieses Thema weiter angehen werdet.

Mathias Freyth, Wuppertal

► Die polemischen Äußerungen von Westerwelle verfolgen offensichtlich nur ein Ziel: einen Keil zwischen gewerkschaftlichen Mandatsträgern und Kollegen zu treiben.

Dagobert Henschel, Göppingen

► Da kann der FDP-Westerwelle ein Gezeter anstimmen wie er will, so eine gute Karikatur hat seine FDP noch nie hinbekommen.

Michael, Marschner Krumbach

► Statt sich der Frage zu stellen, was diese Finanzinvestoren im

gegenwärtigen Shareholder-Kapitalismus für eine Rolle spielen und warum sie entstehen, wird hier ein Lied von den asozialen US-Firmen gesungen. Sollte euch entgangen sein, dass die aktuelle neoliberale Wirtschaftsordnung von nahezu allen ökonomischen Eliten getragen wird, auch in den deutschen Konzernen?

Jochen Gester, Arbeitskreis »Internationalismus« der IG Metall-Verwaltungsstelle Berlin

► Wer treffende Karikaturen macht, wird sicher Kritik ernten.

Mathias Neumann, Göttingen

► Ganz ausgezeichnet – und ganz treffend. Sehr gut gemacht. »Lasst euch nicht

irren des Pöbels Geschrei...« – es stimmt immer noch.

Herbert Steffes, Eschborn

► Seit längerem überlege ich bereits mit Freunden zusammen der IG Metall beizutreten. Bisher war ich noch ein wenig unschlüssig. Aber mit dem Titel dieser hervorragenden Ausgabe haben Sie mich überzeugt.

Christian Arm, Nonnweiler

► Die Titelstory über die amerikanischen Aussauger scheint allseits gut angekommen zu sein. Selten hat **metall** ein solches Medienecho gehabt. Die Debatte um die Aussauger müssen wir intensiv in den Betrieben und in der Öffentlichkeit führen. Sie sind die größten Arbeitsplatzvernichter und dürfen nicht zum Lohn auch noch mit Steuergeschenken belohnt werden. Wir wissen hier bei TRW



FDP-Chef Guido Westerwelle mit metall-Titel: Polemische Äußerungen

Automotive, wovon wir reden. Auch TRW gehört Blackstone, einem der größten Aussauger, und in allen Standorten sollen die Belegschaften auf Millionen Euro verzichten, um die hohe zweistellige Kapitalrendite noch zu verbessern.

Axel Goebels, Gesamtbetriebsrat TRW Automotive GmbH, Krefeld

► Erst einmal herzlichen Glückwunsch zum originellen und witzigen Titelbild und den Karikaturen. Trotzdem finde ich die Kritik in dem Artikel doch sehr einseitig, da nur auf das US-Finanzkapital ausgerichtet. Auch das deutsche Kapital und die Konzerne verhalten sich im Inland wie im Ausland genauso wie das US-Kapital oder Kapital aus jedem x-beliebigen Land. Die Leidtragenden bei dem Finanz- und Geschäftsgebaren sind in jedem Fall die Beschäftigten dieser Konzerne, egal in welchem Land sie leben.

Torsten Lohs, Vertrauensmann EKO Stahl, Eisenhüttenstadt

► Es wurde Zeit, dass sich die IG Metall mit der zunehmenden Zahl von Finanzinvestoren befasst, die Unternehmen aufkaufen und scheinbarweise verkaufen. Es ist offensichtlich, dass Renditen von 25 Prozent nicht durch regulären Geschäftsbetrieb zustande kom-

men, sondern durch extremes Ausquetschen von Belegschaften und Betrieben.

Gebhard Hofner, Mühlheim am Main

Dickes Lob

metall 5/2005: »Die Schere klappt auseinander«

► Der Beitrag in **metall** gibt zentrale Punkte des Berichts nicht wieder. Dort wo die Positionen der IG Metall aufgezählt werden, fehlt die Darstellung der Übereinstimmung mit dem zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, etwa zum Ausbau der Kinderbetreuung und den Ganztagschulen.

Knut Lambertin, Köln

► Dickes Lob für den Report. Da ich selbst zu den fünf Millionen Einzelschicksalen zähle und seit Januar 2005 von Hartz IV betroffen bin, kann ich den hier belegten Fakten in allen Punkten nur zustimmen.

Jürgen Wambach, Trier

metall-Redaktion
Lyoner Straße 32
60528 Frankfurt am Main
Fax: 069-66 93-20 00
E-Mail:
metall-leserpost@igmetall.de

Bitte auch Adresse angeben.
 Die Redaktion behält sich vor,
 Leserbriefe zu kürzen. Die vollständige
 metall-Ausgabe steht auch im Internet.

Editorial

Kritik und Lob

► Selten hat ein **metall**-Titel ein solches Echo in der Öffentlichkeit gefunden, wie die Mai-Ausgabe. Fernsehen (ARD, ZDF, die Privaten), Zeitschriften («Spiegel», «Stern») und Zeitungen («FAZ», «Handelsblatt», «Bild» und andere) setzten sich mit dem Titelbild auseinander. Aber es ging nicht um den Inhalt der Titelgeschichte. Die Medien warfen **metall** und der IG Metall vor, sie schürten »Ausländerfeindlichkeit von Links« und bedienten antisemitische und antiamerikanische Ressentiments. Hätte einer der Kritiker die Geschichte gelesen, wüsste er oder sie, dass das mitnichten der Fall gewesen ist. FDP-Chef Westerwelle nutzte sogar den Parteitag seiner Organisation um mit **metall** kräftig auf die Gewerkschaften einzuschlagen. Das war ein bisschen zu viel der Ehre. Aber wir bleiben am Ball. In dieser Ausgabe beschreiben wir wieder einige Beispiele, wie Firmen aufgekauft und für den Wiederverkauf »fit« gemacht werden.

► Sehr viele Leserbriefe gingen bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe bei uns ein. Kritik und Lob hielten sich die Waage. Groß war der Anteil der Nichtmitglieder, die zur Feder gegriffen haben oder sich an den PC setzten. Wobei die negativen Zuschriften vor allem von dieser Gruppe kamen. Sie beschimpften die Redaktion in manchmal unsachlicher Weise. Die Briefe zeigen aber auch, dass wir in ein Mückennest gestochen haben und dass viele unserer Leserinnen und Leser von den von uns beschriebenen Machenschaften in ihren Betrieben betroffen sind.

Die Redaktion



Foto: Photohok/Th. Kohler

»Geld darf nicht regieren«

Mit seiner Kritik am Shareholder-Kapitalismus hat Franz Müntefering einen Stein ins Rollen gebracht.
Seite 11



Foto: Andreas Gummerer

Jugendaktionstag

Am 18. Juni veranstaltet die Jugend der IG Metall in Nürnberg einen Aktionstag, um auf die Ausbildungsmisere hinzuweisen.
Seite 21

Müll im Büro

Der Ratgeber befasst sich mit der Organisation im Büro.
Seite 24



Illustration: Leo Pellegrino

Magazin

Tag der Arbeit	4
Alstom: Fünf Tage Versammlung	5
Ausbildung:	
Immer weniger Lehrstellen	6
8. Mai in Bergen-Belsen	7

Das Thema

Stahltarifrunde:	
Gutes Ergebnis erzielt	8

Zur Sache

Jürgen Peters	
zur Kapitalismuskritik	10

Interview

Franz Müntefering:	
»Geld darf die Welt nicht regieren« . .	11

Report

So arbeiten Finanzinvestoren	12
Mit spitzer Feder	13

Titel

Hartz IV und die Folgen: Vom Fördern	
merken die Menschen nichts	14

Betriebsreport

MAN-Nutzfahrzeuge	19
-------------------------	----

Jugend

Aktionstag am 18. Juni	21
------------------------------	----

Branchenreport

Caravanindustrie	22
------------------------	----

Ratgeber

Büroorganisation	24
Tipps	26
Impressum	26

Monatsökonom

Heinz Bontrup über	
Kapitalismus braucht Gegenmacht .	24

Rätsel

Monats- und Drei-Monats-Rätsel . .	30
------------------------------------	----

Porträt

Zu Besuch bei	
Bobbie Hansen	31

Regionales

Aus den Bezirken	32
Lokales/Karikatur	35

Titelfoto: Caro/Westermann

Tag der Arbeit

»Welch ein Wahnsinn«

Eine halbe Million Menschen haben sich dieses Jahr an den Mai-Veranstaltungen der Gewerkschaften beteiligt. Rufe nach einem Politikwechsel werden immer lauter.

In Leipzig beteiligten sich rund 8000 Menschen an der Mai-Veranstaltung der IG Metall. DGB-Regionsvorsitzender Bernd Günther erinnerte in seiner Rede daran, dass es durchaus Alternativen zur Agenda 2010 gibt. Später führten junge Metallertinnen und Metaller ein Bühnenstück zum Thema »Fehlende Lehrstellen« auf und forderten Umlagezahlungen für Betriebe, die nicht ausbilden.

Am Mittag formierten sich dann Protestzüge durch die Leipziger Innenstadt, um einen Aufmarsch der Nazis zu verhindern. Eine Sitzblockade am Hauptbahnhof wurde mit Wasserwerfern aufgelöst; am Gewerkschaftshaus »räumten« Polizisten protestierende Gewerk-



Mai-Veranstaltung in Berlin: »Neoliberal ist asozial«

Foto: picture alliance/dpa

schafter ab, darunter auch Sachsens DGB-Vorsitzenden Hanjo Lucassen.

In Nürnberg kritisierte DGB-Kreisvorsitzender Stefan Doll vor 5000 Demonstranten die neokonservative Politik aller Parteien und forderte einen »Zeitenwechsel«. Doll: »Neoliberal ist asozial.«

Am Nachmittag organisierte das »Bündnis gegen Rechts« eine spontane Demonstration, um

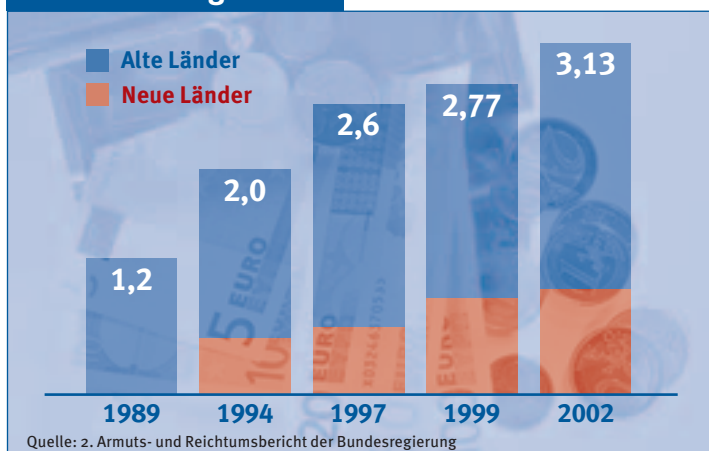
gegen eine Veranstaltung von Neonazis anzugehen.

In Frankfurt am Main hatten sich am 1. Mai rund 4000 Menschen auf dem Römerberg versammelt. IG Metall-Vorsitzender Jürgen Peters, Hauptredner der Veranstaltung, forderte dabei Konsequenzen aus der laufenden Kapitalismus-Debatte. Peters erinnerte daran, dass das durchschnittliche Grundgehalt der Vorstandsvorsitzenden von

Dax-Unternehmen allein 2003 um elf Prozent gestiegen sei; die Netto-Einkommen der Beschäftigten seien dagegen seit 1991 gesunken. Peters: »Die Armen werden ärmer und die Reichen immer reicher.«

In scharfer Form kritisierte Peters jene Arbeitgeber, die zurück zur 40-Stunden-Woche wollen. »Längere Arbeitszeiten bedeuten noch mehr Arbeitslose, welch ein Wahnsinn.« ◀

Verschuldung



Auch unter Rotgrün ist die Verschuldung privater Haushalte weiter vorangeschritten. Die Anzahl von 3,13 Millionen betroffener Haushalte entspricht laut dem zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung einer Quote von 8,1 Prozent. Als Haupt-

grund für eine Überschuldung gelten Arbeitslosigkeit, zu geringes Entgelt, Scheidung und gescheiterte Versuche als »Unternehmer«. Überschuldete Personen und Familien können laut Armutsbericht »nur begrenzt« am normalen Leben teilnehmen. ◀

Habemat-Küchen, Melle

Zurück in die 30er Jahre?

Im ganzen Lande wurde bei den Feiern um den 8. Mai die Geburtsstunde der Demokratie hochgehalten. Doch für den Küchenhersteller Habemat in Melle bei Osnabrück ist das kein Thema. Der will seinen 220 Beschäftigten die Gewerkschaftsmitgliedschaft verbieten.

So hat der geschäftsführende Gesellschafter Frank Huntebrinker den 220 Mitarbeitern einen Tränenbrief ins Haus geschickt: Jeder solle eine Änderungsvereinbarung unterschreiben, nach der er freiwillig 40 Stunden ohne zusätzlichen Lohnausgleich zu arbeiten hätte. Andernfalls würde Habemat einige Bereiche

der Produktion auslagern und an günstigere Fremdfirmen vergeben.

Als sich etliche Beschäftigte weigerten, gab es die ersten Änderungskündigungen. Wer sich weigert und klagt, wird sofort »freigestellt«. Bei neun Neueinstellungen ist im Arbeitsvertrag die 40-Stunden-Woche (bei Bezahlung von 35 Stunden), ein auf 25 Tage verkürzter Urlaub und ein Passus enthalten, der die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft untersagt. Peter Spiekermann, Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall in Osnabrück, hält das für Nötigung und einen Verstoß gegen das Grundgesetz. ◀

Alstom Power, Mannheim

Fünf Tage Betriebsversammlung

Die Alstom-Konzernspitze will in Mannheim 900 Arbeitsplätze abbauen. Der Widerstand wächst.

Die knapp 2000 Beschäftigten bei Alstom Power (Mannheim) sind zornig. Jahrelang haben sie sich für den Betrieb engagiert – und zum Dank will der Konzern künftig in Asien Kraftwerke bauen lassen. Rund 900 Arbeitsplätze in Mannheim sollen vernichtet werden.

Zentrale Bereiche wie der Generatorenbau sollen ganz verschwinden. Daher befürchten die Beschäftigten, dass bald alle auf der Straße stehen. »Es geht um die Existenz unseres gesamten Standorts«, warnt Ralf Eschmann, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender.

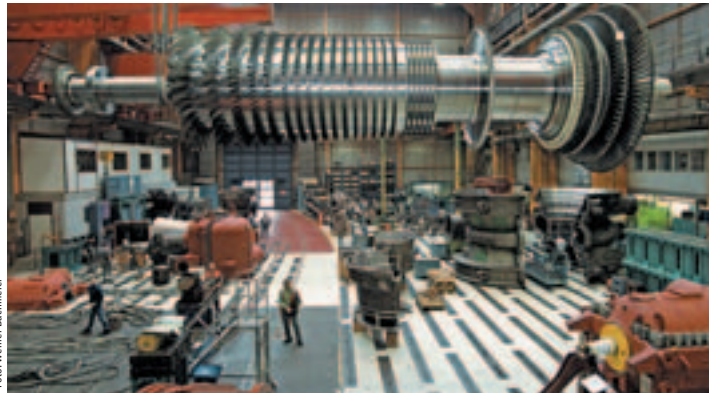


Foto: Werner Bachmeier

Gasturbinen-Bau bei Alstom Power, Mannheim: »Es geht um die Existenz«

Weil die Beschäftigten viele Fragen zu ihrer Zukunft haben, zog sich eine Betriebsversammlung im Mai über eine Woche hin. Jeden Tag protestierte die Belegschaft in der Mannheimer Innenstadt gegen die »Globalisie-

rung pur«. Inzwischen hat die Geschäftsleitung gerichtlich beantragt, weitere Versammlungen zu untersagen. Eschmann: »Der Kampf für unsere Arbeitsplätze und die Funktionen unseres Werkes geht weiter.« ◀



Foto: noum/W. Schmidt

Protest bei der Hauptversammlung: IG BCE und IG Metall vereint

Plattenhardt, Hattenhofen

Türken raus?

Rund 40 türkische Beschäftigte der Gießerei Plattenhardt haben dreiste Post von der Geschäftsleitung erhalten. »Wir fordern Sie letztmalig dazu auf, Deutsch zu lernen«, heißt es in dem Brief. Wer bis Ende September »die deutsche Sprache in Wort und Schrift« nicht befriedigend beherrsche, riskiere die Kündigung. Mehmet Altun-

kas von der Göppinger IG Metall empfindet den Brief »diskriminierend«. Die Geschäftsleitung, ahnt der Metaller, suche wohl nach einem Vorwand, kämpferische Metaller loszuwerden. Altunkas hat den Betroffenen Integrationskurse nach der Schicht empfohlen. »Auch wenn es schwerfällt: Wir sollten nichts riskieren.« ◀



Foto: FM

Betriebsräte Orhan Cakmak, Kemal Dagli, Erdal Savas bei Plattenhardt: Diskriminierender Brief

Außenansicht

EU-Verfassung

Neoliberaler Geist

Der »Vertrag über eine Verfassung für Europa« erhebt ein wirtschafts- und sozialpolitisches Programm im Verfassungsrang, das seit zwei Jahrzehnten praktiziert wird und – gemessen an den Ansprüchen eines starken Sozialstaats – gescheitert ist. Seine Kernpunkte:

► Die Unterwerfung der Wirtschaft unter eine zunehmend deregulierte Konkurrenz bei Waren, Dienstleistungen, Steuern, Löhnen und Sozialstandards.

► Eine Geldpolitik, die keine Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung übernimmt und die Kreditversorgung für kleine und mittlere Unternehmen erschwert.

► Richtlinien für die Finanzpolitik, die den Ausgleich der öffentlichen Haushalte in den Mitgliedsländern zum obersten Gebot machen und zugleich Gewinnsteuern senken.

► Eine Sozialpolitik, die die sozialen Sicherungssysteme privatisiert und an die Finanzmärkte ausliefert.

► Eine Beschäftigungspolitik, die statt auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze auf Anpassung, Unternehmensgeist und Druck auf die Arbeitslosen setzt; Hartz lässt grüßen.

Diese neoliberale Politik hat der EU in den letzten beiden Jahrzehnten Wachstumschwäche, Massenarbeitslosigkeit und zunehmende Ungleichheit gebracht.

Wenn sie jetzt trotz zunehmender Kritik Verfassungsrang erhielte, wäre das kein Fortschritt auf dem Weg zu einem europäischen Sozialmodell. ◀



Foto: Atlas/Karsten Hennig

Jörg Huffscheid, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates von attac

Köpfe

Thomas Illge (23), Mechaniker-Azubi bei MAN in Penzberg, hat sich zusammen mit anderen jugendlichen Metallern gegen Schikanen der CSU gewehrt. Die wollte die IG Metall-Jugend von der Weilheimer Job-Börse ausschließen. Die jungen Metaller gingen trotzdem hin und verteilten Infos. Illge: »Wir haben den Schülerinnen und Schülern gezeigt, dass Gewerkschaft Teil der Ausbildung und des Berufslebens ist.« ◀

Die Schulband **HSI-Projekt der Hauptschule Tübingen Innenstadt** ist für ihr Lied »Lay your weapons down« (Leg Deine Waffen nieder) mit dem Willy-Bleicher-Preis des DGB-Baden-Württemberg ausgezeichnet worden. Der Song, im



Unterricht der neunten Klasse entstanden, wurde von der Jury als Absage an den Rechts-Extremismus gewertet. Zur Belohnung gabs 1000 Euro und eine Metall-Skulptur mit dem Profil Bleichers. ◀

Ferdinand Koob, CDU-Mitglied und von 1973 bis 1984 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und für Handwerk und Ausländer zuständig, ist im Alter von 80 Jahren verstorben. Im Alter von 77 Jahren verstarb **Hans Preiss**. Er war von 1972 bis 1989 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall und gehörte der SPD an. Preiss verantwortete die gewerkschaftliche Bildungspolitik, die bis heute seine Handschrift trägt. Die IG Metall trauert mit den Familien und wahrt den Verstorbenen ein ehrendes Andenken. ◀

Ausbildung

Immer weniger Lehrstellen

Die Anzahl angebotener Ausbildungsplätze ist im April erneut hinter dem Vorjahresniveau zurückgeblieben. Der so genannte Ausbildungspakt wird immer mehr zur Farce.

Genau 352 200 Lehrstellen haben die Arbeitgeber im April offiziell angeboten. Verglichen mit dem vergangenen Jahr, entspricht das einem Rückgang von neun Prozent. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) sind 175 000 Jugendliche ohne ein konkretes Angebot.

Eine repräsentative Befragung der IG Metall Baden-Württemberg bestätigt die Nürnberger Zahlen. Danach stellen 174 Betriebe gerade mal soviel Azubis ein wie voriges Jahr, 91 bauen sogar ihre Kapazitäten ab. »Im Saldo reduzieren die Betriebe trotz steigender Schulabgängerzahlen die Ausbildungskapazität um 70 Plätze«, zieht Bezirksleiter Jörg Hofmann Bilanz. Die IG Metall Baden-Württemberg verhandelt daher über einen Tarifvertrag. Er soll die Betriebe verpflichten, ihr Ausbildungsplatz-

angebot von 2004 um 500 Plätze aufzustocken. Bei den Verhandlungen Anfang Mai in Stuttgart-Degerloch haben 1200 Jugendliche für die Forderungen der IG Metall demonstriert.

Sicher ist: Der so genannte »Ausbildungspakt« zwischen Arbeitgebern und Bundesregierung funktioniert nicht. Doch statt jetzt die gesetzliche Umlagefinanzierung einzuführen, biedert sich die Bundesregierung weiterhin bei den Firmen an. So hat Georg Wilhelm Adamowitsch, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, vor Arbeitgebern damit geprotzt, dass Rotgrün geltende Vorgaben unterlaufen will. Beispielsweise sollen die Betriebe von der Pflicht entbunden werden, Fähigkeiten aus zweijährigen Ausbildungsgängen bei anschließenden Lehren anzu-

erkennen. Zugleich erinnerte Adamowitsch daran, wie das neue Berufsbildungsgesetz die Grundbildung »verschlanke« und »passgenaue, branchenspezifische Ausbildungsberufe« ermögliche. Tatsächlich werden auf diese Weise Jugendlichen weitere Zukunftschancen verbaut. Erwin Vitt: »Gerade diese enge, spezialisierte Qualifikation ist erwiesenermaßen nicht zukunftsträchtig.«

Falls die Lehrstellenlücke auch im Herbst noch offen ist, hat sich der Chef des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Ludwig Georg Braun, schon eine passende Ausrede zurecht gelegt: Schuld sei Münteferings Kapitalismus-Kritik. Wer sich zu Unrecht angeklagt fühle, kalauerte Braun, sei für eine Ausbildung über Bedarf schwer zu gewinnen. ◀



Aktion in Stuttgart: 175 000 Jugendliche ohne Lehrstelle

Bosch-Siemens Hausgeräte (BSH), Berlin

Belegschaft will sich wehren

Das BSH-Management will Ende 2006 das gesamte Berliner Werk schließen – obwohl die BSH-Gruppe 2004 mit 500 Millionen Euro über sieben Prozent Umsatzrendite erwirtschaftete. Kein Wunder, dass die Belegschaft Proteste organisiert. Güngör Demirci, Betriebsratsvorsitzender: »Wir stellen uns auf einen langen Kampf ein.«

Tatsächlich wurde das Werk systematisch heruntergewirt-

schaftet. Investitionen wurden unterlassen, die Stückzahlen von 1,5 Millionen auf 400 000 im Jahr gesenkt. Seit 2003 mussten 800 Leute gehen.

Jetzt erscheinen die Kosten für den Personalabbau als Minus in der Bilanz und dienen als Argument für die Schließung. »Der Bau von Waschmaschinen in Berlin macht ökonomisch



Protest in Berlin: Schließung trotz Gewinn?

Sinn – im Verbund mit dem nahe gelegenen Werk in Nauen«, so Luis Sergio, IG Metall Berlin. Gesamtbetriebsrat und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat fordern: Keine Schließung in Berlin und Erhalt aller Standorte. ◀

»Fehlende Belohnung geht unter die Haut«

Neue Forschungen belegen, dass die gesellschaftliche Stellung Gesundheit und Lebensalter beeinflussen. **metall** sprach mit Johannes Siegrist, Medizinsoziologe an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf.

metall: Ist Armut ein Gesundheitsrisiko?

Siegrist: Eindeutig ja. Wissenschaftler in ganz Europa und den USA haben sehr überzeugend nachgewiesen, dass Menschen in ärmeren Verhältnissen öfter erkranken und bis zu sieben Jahre früher sterben.

metall: Welche Krankheiten treffen Ärmere?

Siegrist: Sie erleiden öfter einen Herzinfarkt, erkranken an Depressionen und Diabetes. Die sozial bedingten Erkrankungen hängen dabei keineswegs nur vom Einkommen ab, ungleiche Krankheitsrisiken durchziehen die gesamte Gesellschaft.

metall: Das müssen Sie erklären.

Siegrist: Wir sprechen von einem »Treppeneffekt der Lebenserwartung«. Beispielsweise haben Menschen in mittleren Positionen höhere Krankheitsrisiken als solche in der Führungsetage. Und angelernte Erwerbstätige haben ein dreifach erhöhtes Herzinfarkt-

Risiko als qualifizierte Angestellte mit höherer Bildung.

metall: Je höher die soziale Schicht, umso niedriger das Krankheitsrisiko?

Siegrist: So ist es. Interessant ist, dass auch die Ursachen der sozial bedingten Erkrankungen nachgewiesen sind...

metall: ... die da wären?

Siegrist: Neben frühkindlichen Erfahrungen und der Lebensweise erhöhen vor allem belastende Arbeitsbedingungen das Krankheitsrisiko.

metall: Lärm macht krank?

Siegrist: Auch, aber heute stehen andere Faktoren im Vordergrund. Unsere Forschungen zeigen klar, dass etwa die Wertschätzung der Beschäftigten enorm wichtig ist. Wenn viel geleistet werden muss und die Belohnung der Vorgesetzten ausbleibt, geht das buch-

stäblich unter die Haut. Oder fehlende Kontrollen über den Arbeitsprozess. Wer wenig Ideen einbringen und gestalten kann, trägt ein erhöhtes Krankheitsrisiko.

metall: Welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen?

Siegrist: Gerade angesichts immer älter werdender Arbeitnehmer ist die Wirtschaft gefragt. Wenn die Unternehmen am Standort Deutschland überleben wollen, müssen sie stärker in die Qualität der Arbeitsbedingungen investieren. ◀

»Arme erkranken öfter und sterben früher«

Foto: Eduardo Cebrian



Zentrale Gedenkfeier der IG Metall am 8. Mai in Bergen-Belsen

Die Aufklärung hat jetzt erst richtig begonnen

Eine idyllische Heidelandschaft, in der Birken, Wacholder und Erika wachsen. Am Himmel ziehen schwarze Wolken vorüber, kalter Wind fegt über die Köpfe der über 800 Gäste. Viele Betriebsräte und Vertrauensleute sind mit ihren Kindern und Partnern erschienen an diesem kalten Sonntagvormittag. 500 waren erwartet worden. Aber die IG Metall brauchte nicht zu werben. Das Interesse war über groß. Es sind mehr junge als ältere Gesichter da.

Am 17. April 1945 wird Bergen-Belsen befreit. Die Bilder nackter Leichenberge gehen um die Welt. An diesem Ort stellt sich nicht die Frage, ob der 8. Mai ein Tag der Befreiung oder der Niederlage war. Die Briten retten 58 000 KZ-Häftlinge und nebenan weitere 17 000 sowjetische Kriegsgefangene. 70 000 Tote liegen hier im kargen Hei-

desand 60 Kilometer nördlich von Hannover verbuddelt. Bis 1937 sind 90 Prozent der KZ-Häftlinge politisch Andersdenkende – Gewerkschafter, Kommunisten, Sozialdemokraten.

»Für meine Altersgruppe begann die Aufarbeitung erst Ende der 60er Jahre«, sagt Hartmut Meine (53). Der Bezirksleiter für Niedersachsen und Sachsen-Anhalt eröffnet die Gedenkfeier. Er erinnert an die historische Rolle der Gewerkschaften in der Nachkriegszeit, die ihnen von den Besatzern und den Verfassungsvätern zugewiesen wurde: Sie haben die Demokratie mit aufgebaut, deren wichtigste Elemente das Sozialstaatsgebot, die Tarifautonomie und die paritätische Mitbestimmung sind.

Für Jürgen Peters ist es gerade deshalb notwendig, an die wirklichen Opfer zu erinnern. Der Erste Vorsitzende der IG Metall

nutzt die Gedenkfeier, um die Politik zum Handeln aufzufordern. Er nennt die Nazi-Aufmärsche, die Inszenierungen der NPD im sächsischen Landtag und die Skinhead-Übergriffe. Es darf keine Freiheit für die Feinde der Freiheit geben: »Wir brauchen ein Verbot der Nazi-Parteien. Als Signal, als Botschaft.«



Jürgen Peters in Bergen-Belsen: »Wir brauchen ein Verbot der Nazi-Partei«

Die Veranstaltung der IG Metall dauert knapp zwei Stunden. Gerade Bergen-Belsen ist das beste Beispiel dafür, dass die Aufklärung erst richtig begonnen hat. Erst jetzt wird ein neues, angemessenes Dokumentations-Zentrum gebaut. Es kostet 16 Millionen Euro und soll im April 2007 eingeweiht werden. Gleichzeitig werden die Konturen des alten Lagers freigelegt und Wege ausgerichtet, die der Historie entsprechen.

Der Grund ist der Schlussbericht der Enquetekommission zur Deutschen Einheit, den der Bundestag 1998 angenommen hat. Damit wurden die Aufgaben von KZ-Gedenkstätten verankert, seit 2000 werden zentrale Gedenkstätten wie Bergen-Belsen vom Bund gefördert: Endlich sind Mittel da für verstärkte Forschung und angemessene Aufklärung. ◀

Foto: novum/W. Schmidt



Warnstreiks in der Stahlindustrie:
Die Streikpläne waren geschmiedet



Fotos: picture alliance/dpa; Manfred Vollmer

Stahltarifrunde

Tarifwende erfolgreich abgewehrt

Der Versuch der Arbeitgeber, die Beschäftigten von der Gewinnentwicklung in der Stahlindustrie abzukoppeln, ist gescheitert. Für Jürgen Peters, Erster Vorsitzender der IG Metall, ist der Stahlabschluss »ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis«.

Martin Kannegiesser, Sternzeichen Skorpion, reagierte giftig. Der Tarifabschluss für die westdeutsche Stahlindustrie sei »überhört«, kanzelte der Gesamtmetall-Präsident den Kompromiss zwischen IG Metall und Stahlarbeitgeberverband ab. Denn die Tarifierhöhung von 3,5 Prozent werde »voll in die Preiskalkulation eingehen« – und den größten Stahlabnehmer, die Metall- und Elektroindustrie, »hart« treffen. Die »Westfälische Rundschau« weist den Gesamtmetall-Präsidenten sanft zurecht: »Unbeteiligte sollten wissen, wann sie schweigen müssten.« Deutlicher wird der nordrhein-westfälische IG Metall-Bezirksleiter und Verhandlungsführer Detlef Wetzels: »Herr Kannegiesser redet groben Unfug.« Die Löhne und Gehälter in der Stahlbranche machten nur noch elf Prozent der Gesamtkosten aus. Selbst wenn die Tarifierhöhung weitergegeben würde, kämen in der Metallbranche »allenfalls Prozentbruchteile« an.

Den Belegschaften von Audi, BMW, Daimler-Chrysler, Ford, Opel, Porsche und VW dürfte Kannegiessers Attacke auch keine Angst eingejagt haben. Ihre Betriebsratsvorsitzenden hatten den Stahl-Belegschaften

längst Rückendeckung gegeben und sich für den Fall eines Streiks solidarisch erklärt. Was Kannegiesser – und andere Arbeitgeber wie BDA-Präsident Dieter Hundt, der von einem »durch massive Streikandrohung erpressten Tarifabschluss« spricht – so in Harnisch bringt: Die IG Metall hat die von den Arbeitgebern propagierte Tarifwende erfolgreich abgewehrt. An den 85 000 Stahlbeschäftigten in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen sollte ein Exempel statuiert werden: Der Zusammenhang von Gewinnerwartung einerseits, Tarifierhöhung andererseits sollte gekappt werden, der Ausgleich der Inflationsrate jetzt und künftig genügen. Wenn die Branche brummt, sollten sich die Beschäftigten mit einer Einmalzahlung zufrieden geben. Am Gewinn sollten nur noch Manager und Aktionäre teilhaben.

Kannegiesser wird weiter das hohe Lied von den besonderen Vorteilen der Einmalzahlungen singen. Denn Ende 2005, Anfang 2006 steht die nächste Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie an. Daran denkt

auch IG Metall-Bezirksleiter Wetzels: »Diese Auseinandersetzung haben wir gewonnen«, sagt er mit Blick auf den Stahlabschluss. »Die nächste wird nicht lange auf sich warten lassen.« Und ob sie wieder gewonnen werde, sei nicht ausgemacht. Tarifrunden fänden »nicht mehr in der Tagesschau« statt, sondern »in jedem Betrieb«. Nur Belegschaften, die sich für ihre Interessen engagierten, würden auch an Gewinn und Produktivitätssteigerung teilhaben.

Für diese Strategie ist die Stahltarifrunde

West 2005 ein gutes Beispiel: Die Belegschaften sind gewerkschaftlich gut organisiert, an den beiden Warnstreik-Wellen im April haben 39 000 Beschäftigte teilge-

nommen. Und als die Verhandlungen nach fünf Anläufen am 3. Mai für gescheitert erklärt wurden und der IG Metall-Vorstand am 10. Mai die Urabstimmung beschlossen hatte, gab's an ihrer Kampfbereitschaft keinerlei Zweifel. Die Streikpläne waren geschmiedet.

Trotzdem war IG Metall-Bezirksleiter Detlef Wetzels skeptisch, als die Stahlarbeitgeber ihn erneut um ein Gespräch baten. Er hielt ein akzeptables Tarifergebnis ohne Streik für

»Ein Verhandlungsergebnis ist mir hundert Mal lieber als ein Streik.«



IG Metall-Bezirksleiter Detlef Wetzel, Jürgen Peters, Berthold Huber: »Überdurchschnittlich gutes Ergebnis«



Fotos: picture alliance

unwahrscheinlich. Zu lange hatten die Arbeitgeber schon auf das falsche Pferd gesetzt: große Einmalzahlung, kleine Prozentzahl. Aber Wetzel wollte die Zeit bis zum Beginn der Urabstimmung am 13. Mai nutzen: »Ein Verhandlungsergebnis ist mir hundert Mal lieber als ein Streik.« Mit Beginn der Urabstimmung wäre die Chance auf eine Verhandlungslösung vertan gewesen.

Tatsächlich verliefen die Gespräche am Dienstagabend, 10. Mai, zäh. Immer wieder werden sie unterbrochen, weil sich die Arbeitgeber beraten müssen; mal in großer, mal in kleiner Runde werden sie fortgesetzt. Die Stimmung ist angespannt. Bis Mitter-

nacht liegt noch kein akzeptables Ergebnis vor. Der Druck wächst, die Uhr tickt, die Zeit wird knapp. Die Nachtsitzung wird, so ein Teilnehmer, zum »Ritt auf der letzten Rille«. Um 3 Uhr in der Frühe treten die Verhandlungsführer endlich vor die Mikrofone der wartenden Journalisten im Dortmunder Mercure Grand Hotel, unweit der Westfalenhallen: »Wir sind sehr zufrieden«, sagt IG Metall-Verhandlungsführer Detlef Wetzel.

Für den Ersten Vorsitzenden der IG Metall Jürgen Peters sind »die Jahre des Verzichts vorbei«, der Zweite Vorsitzende Berthold Huber spricht von einem »Erfolg gegen den Shareholder-Kapitalismus«.

Im letzten Moment ist ein Arbeitskampf verhindert worden. Sonst hätte am 23. Mai der erste Streik in der westdeutschen Stahlindustrie seit 1978/79 begonnen.

»Nach Jahren der Lohn-Zurückhaltung klingt es endlich wieder einmal im Geldbeutel der Arbeitnehmer«, kommentiert »Bild«. Und die »Neue Ruhr Zeitung« stellt kurz und knapp fest: »Die IG Metall ist wieder da.« Das trifft auch die Stimmung in der Tarifkommission am Tag nach dem Dortmunder Kompromiss: Niemand verteidigt ihn, er spricht für sich. Niemand triumphiert. Ein Mitglied der Tarifkommission, die das Ergebnis vom Vortag mehrheitlich annimmt, spricht für alle, als er sagt: »Wir können mit Stolz sagen, wir haben was gekonnt.«

Stahl Ost übernimmt

Für die 8000 Beschäftigten der ostdeutschen Stahlindustrie wird das Tarifergebnis West 1:1 übernommen. Die Auszubildenden erhalten einmalig 100 Euro, und es gibt für dies kleine Tarifgebiet zehn zusätzliche Ausbildungsplätze. Darauf verständigten sich IG

Metall und Arbeitgeber am 19. Mai in Berlin. »Das ist insgesamt gesehen ein wichtiger Achtungserfolg«, sagt Olivier Höbel. Der Bezirksleiter der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen war Verhandlungsführer für die ostdeutsche Stahlindustrie.

Als die West-Tarifverhandlungen in Gelsenkirchen den Nullpunkt erreichten, an dem nichts mehr ging, erhielten Mitglieder der Verhandlungskommission für Stahl Ost von den Arbeitgebern das Signal, dass sie auch für dieses Tarifgebiet kein verbessertes Angebot mehr auf den Tisch legen würden. »Damit hatten sie weitere Gespräche mit uns überraschend blockiert. Wir haben die Verhandlungen daraufhin für gescheitert erklärt«, erinnert sich Uli Förster, Mitglied der Verhandlungskommission und Betriebsratsvorsitzender bei Ilseburger Grobbblech. »Gespannt verfolgten wir, wie sich der Konflikt im Westen sehr schnell zuspitzte.

Der Urabstimmungsbeschluss zeigte ja deutlich, wohin die Fahrt gehen würde, wenn die Arbeitgeber nicht einlenkten. Wir überlegten, wie wir die westdeutschen Kolleginnen und Kollegen unterstützen könnten«, sagt Förster. Wie so oft brachte auch hier die Zuspitzung eine Lösung. »Mit dem Tarifergebnis werden unsere Kolleginnen und Kollegen angemessen an den Gewinnen der Unternehmen beteiligt«, sagt Olivier Höbel. Der Abschluss werde der guten Wirtschaftslage und dem konjunkturellen Umfeld der ostdeutschen Stahlbranche gerecht.

Mit der Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze hätten Arbeitgeber zudem bewiesen, dass sie auch soziale Verantwortung übernehmen wollen. So sah das auch die Tarifkommission, die das Verhandlungsergebnis noch am gleichen Tag einstimmig annahm. ◀

Norbert Hüsson/Marlis Dahne

Das Ergebnis auf einen Blick

- Für die Monate April bis August erhalten die Beschäftigten eine Pauschale von 500 Euro brutto. Sie wird mit dem Lohn beziehungsweise Gehalt für Juni ausbezahlt. Teilzeitbeschäftigte erhalten die Einmalzahlung anteilig.
- Zum 1. September werden die Löhne und Gehälter für zwölf Monate um 3,5 Prozent erhöht. Der Ecklohn steigt auf 11,11 Euro.
- Auszubildende erhalten eine Pauschale von 100 Euro.
- Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 17 Monaten und ist erstmals zum 31. August 2006 kündbar.

Er gilt für die Eisen- und Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Dillenburg und Mandern sowie Salzgitter und Osnabrück. ◀



Jürgen Peters,
Erster Vorsitzender
der IG Metall

Foto: Markus Kirchgeffer

Es geht nicht um Personen oder »amerikanisches Kapital«. Es geht um die Kritik an einer Strategie, der Profite wichtiger sind als Menschen.

Ein Gespenst geht um in Deutschland – das Gespenst der Kapitalismuskritik. In letzter Minute haben sich FDP, Arbeitgeberverbände und Medienvertreter zu einer unheiligen Allianz gegen diejenigen verbündet, die dem Kommunismus neues Leben einhauchen wollen und das Abendland bedrohen: Franz Müntefering und das Monatsmagazin der IG Metall.

die das Kind beim Namen nennen, werden Anti-Amerikanismus, die Verunglimpfung von Unternehmern oder schlimmeres vorgeworfen. Das ist absurd – und scheinheilig. Es geht nicht um Personen oder »amerikanisches Kapital«. Es geht um die Kritik an einer Strategie, der Profite wichtiger sind als Menschen. Und die eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft unmöglich macht. Das ist der Kern der aktuellen »Kapitalismus-Debatte« – und das ist gut so.

Vielen spricht das aus dem Herzen. Umfragen zeigen: An die 70 Prozent der Menschen stimmen Münteferings Kritik zu. Und dennoch: Das Misstrauen gegenüber der Politik bleibt. Deshalb: Die Debatte muss an Tiefe und Glaubwürdigkeit gewinnen. Es geht um die Zukunft unserer Gesellschaft. Und deshalb brauchen wir zum Beispiel eine Debatte um die soziale Verantwortung von Unternehmen. Ihr Erfolg darf nicht nur an kurzfristigen Gewinnen oder Aktienkursen gemessen werden. Auch Beschäftigungssicherung und der Beitrag zur Finanzierung von Staat und Gemeinwesen müs-

Die Debatte muss Tiefe und Glaubwürdigkeit gewinnen

Das war der Eindruck, den so manche Schlagzeile in den letzten Wochen erwecken wollten. Auch die Karikatur auf der Titelseite der letzten Ausgabe von **metall** erregte öffentliches Ärgernis – vor allem bei einigen, neoliberalen Hardlinern aus Journalismus und Politik.

Was war geschehen? Der SPD-Vorsitzende und eine gut recherchierte Titelstory unseres Monatsmagazins haben ans Tageslicht gebracht, was andere offensichtlich gerne im Dunklen belassen wollen. Strategien einiger Finanzgesellschaften aus den USA oder anderen Ländern, die ihre völlig überzogenen Renditeerwartungen aus der Substanz von Wirtschaftsunternehmen und den Geldbeuteln der Beschäftigten bedienen wollen. Da werden Standorte geschlossen, weil »nur« einstellige Renditen erzielt werden. Menschen werden entlassen, um den Aktienkurs zu stärken oder florierende Unternehmen zerschlagen, um sie mit Gewinn verkaufen zu können. Auf der Strecke bleiben auch gesunde Unternehmen – und mit ihnen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien. Der IG Metall und anderen,

sen als unverzichtbare Unternehmensziele akzeptiert werden.

Auch die Politik muss sich wandeln. Sie darf nicht zuschauen, wenn Betriebe von Finanzinvestoren ausgenommen werden wie Weihnachtsgänse. Und sie darf dem Pfad des Sozialabbaus und der Steuergeschenke für Unternehmer nicht noch weiter folgen. Das bringt keinen einzigen Arbeitsplatz. Stattdessen muss der Staat etwa seiner Verpflichtung nachkommen und als aktiver Staat wieder investieren, Nachfrage schaffen und damit die Wirtschaft in Schwung bringen. Wie das im einzelnen aussehen soll und wie das finanziert werden kann – dazu hat die IG Metall Vorschläge auf den Tisch gelegt. Zum Beispiel in ihrem »Arbeitnehmerbegehren für Arbeit und soziale Gerechtigkeit«. Das ist unser Angebot zum Dialog über die Perspektive einer solidarischen Gesellschaft.

Jürgen Peters



Mit seiner Kritik am Shareholder-Kapitalismus hat der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering einen Stein ins Rollen gebracht.

Fotos: phototek/Th. Köhler

Interview mit Franz Müntefering

»Geld darf die Welt nicht regieren«

metall: Laut »Stern« sind wir alle »kleine Heuschrecken«, die die Betriebe ausnehmen. Fühlen Sie sich auch als Blutsauger?

Müntefering: Offenbar wird versucht, mich miss zu interpretieren. Zweifellos gibt es Unternehmer, die Gewinne machen wollen und sich gegenüber ihren Arbeitnehmern anständig verhalten. So ist es gut. Aber es gibt eben auch andere. Vor allem das internationale Finanzsystem, internationale Investoren, nehmen immer weniger Rücksicht auf die Menschen vor Ort. Das habe ich angesprochen und daran müssen wir arbeiten.

metall: Zwei von drei Deutschen stimmen Ihrer Kritik am Kapitalismus zu. Eine enorme Quote, verglichen mit Ihren letzten Wahlergebnissen. Was sagt Ihnen das?

Müntefering: Dass ich eine Wunde aufgedeckt habe und die richtigen Fragen stelle. Und es muss klar sein, auch wenn längst nicht alle Antworten da sind: Das Primat des Handelns liegt bei der Politik, und wir wollen eine soziale Marktwirtschaft. Schließlich ist die Wirtschaft für die Menschen da, und nicht umgekehrt.

metall: Es gibt Menschen, die befürchten, dass Ihre Kritik gar nicht ernst gemeint ist und nur Wähler locken soll...

Müntefering: Sie ist ernst gemeint. Und wohin unser Weg geht, wird sich spätestens im November zeigen, wenn wir auf dem SPD-Parteitag unser Grundsatzprogramm beschließen. Aber schon heute lässt sich die Richtung erkennen: Wir haben die Dienst-

leistungsrichtlinie zurückgewiesen, die oft Dumpinglöhne ermöglichte. Wir wollen, dass die Managergehälter veröffentlicht werden und wir wollen eine europäische Vereinbarung über Steuerharmonisierung. Damit wird Steuerdumping verhindert.

metall: Ihr Kollege Sigmar Gabriel hat vorgeschlagen, die Vorstandsgehälter in den 30 wichtigsten Dax-Unternehmen am Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen zu orientieren. Eine gute Idee?

Müntefering: Ich will da realistisch bleiben. Aber wenn der Bankdirektor das Mehrhundertfache einer Aldi-Verkäuferin verdient, dann läuft was falsch. Die Menschen fühlen, dass die Relationen nicht mehr stimmen, da muss offen drüber geredet werden. Und nicht nur geredet.



»Wir wollen eine soziale Marktwirtschaft. Schließlich ist die Wirtschaft für die Menschen da, und nicht umgekehrt.«

metall: Die Menschen erwarten jetzt Taten. Beispielsweise könnten Erlöse aus Firmenvverkäufen versteuert werden...

Müntefering: ...was nur bedingt möglich ist, jedenfalls nicht als Strafsteuer. Klar muss aber sein, dass bei allen Unternehmensscheidungen Standort und Arbeitnehmer Gewicht haben müssen. Wir wollen nicht, dass allzu kurzatmig Geld aus den Unternehmen gesaugt und die Zukunftsfähigkeit aufs Spiel gesetzt wird.

metall: Das wird die Spekulanten beeindrucken...

Müntefering: ...wir müssen über Möglichkeiten nachdenken, die langfristige Investoren belohnen. Wer sein Geld für lange Strecken in ein Unternehmen gibt, hat sicher andere Motive als jene, die nur auf schnellen Gewinn aus sind.

metall: Während der Shareholder-Kapitalismus in der Kritik steht, hat die Bundesregierung die Körperschaftssteuer von 25 auf 19 Prozent gesenkt. Kein Widerspruch?

Müntefering: Nein, denn es wird gegenfinanziert. Der Satz wird gesenkt, die Bemessungsgrundlage erweitert. Der niedrigere Satz für die Körperschaftssteuer soll verhindern, dass Unternehmen ihre Gewinne zu Schwesterfirmen ins europäische Ausland transferieren und dann dort versteuern. Im vergangenen Jahr waren das 50 Milliarden Euro.

metall: Die Arbeitgeber haben Sie für die Kapitalismus-Kritik beschimpft. Trifft Sie das?

Müntefering: Die sollen nicht so empfindlich sein. Es kann doch nicht sein, dass wir sie entlasten und sie weltweit Geld verdienen und sie uns die Verantwortung für die Arbeitsplätze hinschieben. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass Geld die Welt regiert. Warum sagt die Wirtschaft nicht »Wir schaffen einige 100 000 Arbeitsplätze«? Ich bin sicher, sie wäre dazu in der Lage. Auf diese Weise würden die Menschen endlich ernst genommen werden. ◀

Interview: Fritz Arndt

So arbeiten Finanzinvestoren



Die neuen Finanzinvestoren fürchten die Öffentlichkeit. So verschickte das Tenovis-Management am 2. Mai an die »Tenovis Employees Germany«, an die deutschen Kollegen, einen Maulkorberlass: Niemand dürfe mit Journalisten reden. Angaben zur Zahl der Arbeitsplätze gelten als Betriebsgeheimnis. Mit Vorwürfen des »Antisemitismus« wollen unternehmernahe Medien die sachliche Diskussion ersticken – nichts ist ihnen so unangenehm wie Fakten.

Demag: Vom Ruhrgebiet nach China

Demag Krane, führender Hersteller von Hebezeugen und Kranen in Wetter/Ruhr, wurde 2002 von KKR aufgekauft. Damals hatte Demag 2800 Beschäftigte. Der sofort begonnene Personalabbau wurde unter pompöse Begriffe gestellt: »Phönix I«, »Phönix II« und »Roadmap for a profitable Growth« (Straßenkarte für profitables Wachstum).

Die Produktion von Prozesskränen wurde nach Slany/Tschechien verlegt (»Phönix II«). Jetzt sind es noch 1750 Arbeitsplätze, bis April 2006 sollen es laut Betriebsvereinbarung 1505 sein. Löhne und Gehälter wurden um zehn Prozent gesenkt. Bei den Angestellten wurde die Arbeitszeit von 38 auf 35 Stunden herabgesetzt, entsprechend auch die Entlohnung. Real wird aber etwa 40 Stunden gearbeitet, die zusätzlichen Stunden werden nicht bezahlt. Der Investor wollte viel weiter gehen, das konnten aber Belegschaft und IG Metall wesentlich verzögern.

Der Investor hält an seinen Plänen fest. Er vergibt Zulieferaufträge an Billiganbieter. Er beauftragt wechselnde Berater, die laufend Einsparpotenziale aufspüren. In Wetter sollen schließlich 500 bis 600 Beschäftigte verbleiben, mit den Aufgaben Service,

Ersatzteilvertrieb und flexible Fertigung für Kundenwünsche in Europa. In China soll einmal die gesamte Produktion erledigt werden. KKR will Demag so schnell wie möglich weiterverkaufen: Je »schlanker«, desto höher der Preis.

Tenovis: Steuertricks und Löcher im öffentlichen Haushalt

Von 8100 Beschäftigten sind nach dem Einstieg von KKR noch 5400 übrig. 2004 verkaufte KKR an Avaya weiter, ein US-Konkurrent von Tenovis, der weitere 1000 Arbeitsplätze abbauen will. Über verwinkelte Finanztransaktionen und eine Holding in Luxemburg senkte Tenovis die Steuerzahlungen in Richtung Null. Ähnliche Steuerverkürzungen bei den inzwischen etwa 5000 aufgekauften Unternehmen tragen zu den Haushaltslöchern bei, die bei der Steuerschätzung im Mai 2005 »überraschend« auftauchten.

MTU: Schnell an die Börse

Der führende Triebwerkshersteller MTU wurde 2004 von KKR gekauft. Der neue Eigentümer will mit einem Kostensenkungsprogramm bis Ende 2006 die Zahl der Be-

schäftigten von 8000 auf 7000 verringern. Schon im Juni 2005 soll MTU an die Börse. Die dabei erwarteten Einnahmen von 900 Millionen Euro dienen der Rückzahlung der Darlehen die MTU an KKR für den eigenen Kauf geben musste.

Grohe: Mit McKinsey »Fit for the Future«

Der führende Hersteller von Badezimmer-Ausrüstungen wurde von Texas Pacific Group (TPG) und Credit Suisse First Boston (CSFB) aufgekauft. Nach dem McKinsey-Kostensenkungsprogramm »Fit for the Future« sind 150 Millionen Euro bis 2007 einzusparen, unter anderem durch Produktionsverlagerung in Niedriglohnländer und durch Wegfall von etwa 1000 der bisher 4800 Arbeitsplätze.

ATU: »Neue« Arbeitsplätze durch Kauf von Kfz-Werkstätten

Auto Teile Unger (ATU) gilt seit dem Einstieg von KKR als Erfolgsstory. Doch in den Autofachmärkten ersetzen 400-Euro-Jobber bisherige Vollarbeitsplätze. »Neue« Arbeitsplätze werden dadurch geschaffen, dass ATU klassische Kfz-Werkstätten übernimmt.

Werner Rügemer

Satire und Karikatur

Mit spitzer Feder

Eduard Fuchs, der selbst um 1900 ein Jahr wegen der Veröffentlichung einer Karikatur im Gefängnis saß, stellte fest: »Man kann manchmal mit wenigen Strichen mehr aussagen als mit vielen Worten.«



Karikatur ist eine zeichnerische Polemik. Unter Weglassung von Zwischentönen, damit man sonst vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht, wird eine Sache, Person oder Geschehen der Lächerlichkeit preisgegeben, auf den Punkt gebracht. Karikatur kommt von lat: carrus = Karren, also: Überladung, und ital: caricare = überladen (Duden), übertreiben. Dem widerspricht auch nicht, dass die Wirklichkeit oft noch schlimmer ist. Die besten antifaschistischen Karikaturen konnten nur unzureichend die tatsächlichen Verbrechen Hitlers darstellen.

Die zeichnerische Kritik sollte frech und geistvoll sein. Das heißt zum Nachdenken anregen. Im Wesen der Polemik liegt jedoch, dass in der Zuspitzung nicht alle Grautöne wiedergegeben werden können. Die Ironie und Satire ist in der Zuspitzung immer ein Stück unverschämte und wird dementsprechend nicht von den so bloßgestellten geliebt. Doch man sollte durch das Schellengeläut auch immer das Stöhnen der so getroffenen hören (Eduard Fuchs). Ist sie jedoch substanzlos, fällt sie

wie aufgeschlagene Milch, (Jonathan Swift) schnell in sich zusammen.

Als überzeichnete Darstellung von Menschen oder gesellschaftlichen Zuständen verfolgt die Karikatur häufig eine politische Richtung in mehr oder minder scharfer Form. Wenn zeichnerisch Fehler, Missstände oder Ereignisse aus der Sicht der Zeichnerin oder des Zeichners der Lächerlichkeit preisgegeben werden. So geschah das in Deutschland seit der Revolution 1848 auch oft mit



Tiervergleichen. Die Betonung liegt im Vergleich und nicht gleichgesetzt wie es manchmal in politischen Reden geschah. Die Hühner auf der Schönheitsfarm, deren Schönheitsideal spöttelt der Zeichner P. Gaymann doch setzt er damit nicht Frauen und Hühner gleich. Selten ist die Brechtsche Gedankenankündigung »Wenn die Hai-fische Menschen wären«, mit dem uns als normal empfundene Verhältnisse aus der vermeintlichen Sicht eines Tieres ein Spiegel vorgehalten wird.

Da Karikaturen durch Kritik zum Nachdenken anregen, soll man sie auch selbst einer

kritischen Betrachtung unterziehen. Sicher steckt in der vereinfachenden Zuspitzung eine Gefahr. Gibt es zum Beispiel »die Deutschen« oder »die Amerikaner«? Richtiger wäre die Feststellung, dass eine Mehrheit diese und eine Minderheit jene Position vertritt. Wie oft hoffte man gerade darauf, dass eine Minderheitenposition stärker würde. Zum Beispiel nach Bushs Waffengang im Irak musste man doch relativ lange warten, bis Medien und Kritiker in der öffentlichen Debatte sichtbar wurden, und es nicht nur die Amerikaner gab.

Wenn jedoch jene scheinbar freiheitsliebenden Politiker, die Gewerkschaften für eine Plage halten, in der **metall**-Karikatur wie in der Äußerung des SPD-Vorsitzenden Müntefering antisemitische Tendenzen unterschieben, wollen sie von der inhaltlichen Kritik ablenken. Davon ablenken, dass die alleinige Orientierung an Profitinteressen nicht zum Wohle aller ist und dass das immer mehr Menschen zu spüren bekommen.

Weil die **metall**-Karikatur in einer solchen Diskussion Stellung bezieht, löste sie dieses Echo aus. Zu klären ist, wenn man die Frage beantwortet »Woher kommt der Schall wenn eine Erbse auf eine Trommel fällt?«

Udo Achten

Die Doppelmoral der Medien

Selten gab es ein so großes Medien-Echo auf einen **metall**-Titel wie bei der Mai-Ausgabe. Eine Karikatur kann man gut oder weniger gut finden. Das bleibt dem Leser überlassen. Der Vorwurf einiger Medien – **metall** würde auf antisemitische Weise Menschen mit Tieren vergleichen – zeigt jedoch eine gewisse Doppelmoral der Medien. Denn Titel-Seiten greifen oft zu dem journalistischen Mittel der Übertreibung. Wie einige Beispiele zeigen. Offenbar wurde bei dem Echo auf den **metall**-Titel mit zweierlei Maßen gemessen.



Stern-Titel 44/04 und 20/05



Spiegel-Titel 45/03



► HARTZ IV UND DIE FOLGEN

»Vom Fördern merken die Menschen nichts«

Die Formel klang einfach: Fordern und fördern wollte die Bundesregierung Arbeitslose – dann würden sich auch die Arbeitsmarktprobleme lösen. Seit Anfang des Jahres ist die »Fordern-und-Fördern-Philosophie« der Bundesregierung für fast fünf Millionen Menschen Wirklichkeit. Von den blumigen Versprechen blieb den meisten nur der graue Alltag am Rande des Existenzminimums.

Text: Fabienne Melzer

Seit Januar kommen doppelt so viele Menschen wie in früher in die Beratung von Helgard Kegel, die bei der IG Metall in Berlin Arbeitslose betreut. Die meisten kämpfen mit Problemen, die sie ohne Hartz IV nicht gehabt hätten. Das erste Fazit der Beraterin fällt bitter aus: »Das »Fordern« klappt ziemlich gut. Nur vom »Fördern« merken die Menschen nichts.«

Einige Ratsuchende haben ziemlich genaue Vorstellungen von ihrer beruflichen Zukunft. Es sind Techniker oder Computerfachleute, die eine Weiterbildung brauchen, da ihr Wissen schnell veraltet. »Sie bekommen noch nicht einmal einen Termin bei der Agentur für Arbeit«, erzählt Kegel. Doch selbst wenn sie einen Sachbearbeiter zu Gesicht bekämen, dürften ihre Chancen auf eine Weiterbildung gering bleiben. Die Förderung der beruflichen Weiterbildung nimmt seit 2002 ab. Im März fingen fast 65 Prozent weniger Menschen eine Weiterbildung an als im gleichen Monat des Vorjahres.

Doch nur »fordern« hilft den Arbeitslosen nicht. Gerade Langzeitarbeitslose haben besondere Probleme. Viele sind über 50 und auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr gefragt. Andere hat jahrelange schwere Arbeit körperlich ruiniert. »Diese Menschen nun einfach in den Niedrig-Lohn-Sektor zu stecken, löst die Probleme nicht«, sagt Helgard Kegel. »Das Gesetz drangsaliert die Betroffenen, und ich habe noch nicht erlebt, dass es auch nur einem Arbeitslosen geholfen hätte.«

Die Arbeitsmarktreform der Bundesregierung hat nach Ansicht des Hauptgeschäftsführers des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Ulrich Schneider, nach fünf Monaten vor allem eins erreicht: »Die Armut in der Bevölkerung hat definitiv zugenommen.« Laut Verband werden bis Ende des Jahres rund 4,7 Millionen Menschen in Deutschland auf Sozialhilfeniveau leben. Ende letz-

► FALL MIETKOSTEN

Damit hatte Wolfgang Hennek nicht gerechnet. Wenn er bis Mitte des Jahres seine Mietkosten nicht senkt, will die Stadt dem Hartz-IV-Empfänger seine Leistungen um 90 Euro kürzen. Dabei zahlt Hennek für seine 70-Quadratmeter-Wohnung gerade einmal 342 Euro pro Monat. Nebenkosten sind in der Miete schon enthalten, lediglich Gas und Strom kommen extra. Die Wohnung, die einer Genossenschaft gehört, scheint nicht übermäßig teuer. Doch die Behörden kennen nur Tabellen, und danach zahlt Hennek zuviel Miete.

Der 51-Jährige bleibt gelassen. »Irgendwie habe ich mich schon an den ganzen Mist gewöhnt«, sagt Hennek, der seit elf Jahren arbeitslos ist. Drei Jahre lang hatte der gelernte Schlosser auf einem schiefen Boden gearbeitet und schwer gehoben. Dann streikte sein Rücken. Seither leidet er unter ständigen Schmerzen. »Ich kann nicht mehr arbeiten«, sagt Hennek.

Doch bislang scheiterte er mit seinem Rentenantrag und fiel wie viele andere Langzeitarbeitslose Anfang des Jahres in die Hartz-IV-Abhängigkeit. Nun droht ihm auch noch ein Umzug.

Seit 15 Jahren lebt Hennek in der Genossenschaftswohnung. Er ist in der Gegend aufgewachsen, kennt die Nachbarschaft. Seine Mutter wohnte eine Straße weiter. Ein Umzug macht aus Henneks Sicht auch gar keinen Sinn. »Es gibt kleinere Wohnungen, aber die Kosten 70 Euro mehr als meine.« Kürzlich wurde in der Zeitung ein 16-Quadratmeter-Zimmer für 198 Euro Kaltmiete angeboten. Das Amt müsste den Umzug und die Renovierung zahlen. Hennek bezweifelt, ob sich das wirklich rechnet. So einfach will er sich aber auf keinen Fall aus seiner Wohnung vertreiben lassen. Hennek wartet erst einmal ab. Wenn die Stadt auf einen Umzug besteht, will er auf jeden Fall Widerspruch einlegen. ◀

Foto: Jürgen Stegmann



Foto: Cordula Giese

ten Jahres waren es noch 2,8 Millionen. Dabei müssen die neuen Armen sogar mit weniger als dem Existenzminimum auskommen. Nach den Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands liegt das Arbeitslosengeld II rund 19 Prozent darunter. Besonders hart trifft die Reform die Kinder der Leistungsempfänger. »Sie sind die größten Verlierer«, sagt Schneider.

Kürzung als Steigerung verkauft

Ältere Kinder bekommen weniger Geld. Dabei konnte die Bundesregierung ehemaligen Sozialhilfeempfängern diese Leistungskürzung sogar als Steigerung verkaufen, wie der Frankfurter Professor für Sozialwissenschaften, Rainer Roth, in seinem neuen Leitfaden »ALG II/Sozialhilfe« zeigt. Im vergangenen Jahr erhielten Kinder zwischen sieben und 14 Jahren einen Regelsatz von 193 Euro plus einmalige Beihilfen. Im Schnitt kamen sie damit auf 232 Euro monatlich. Die einmaligen Beihilfen wurden nun abgeschafft und als Pauschale auf den Regelsatz aufgeschlagen. Monatlich erhalten diese Kinder jetzt 207 Euro. »Auf den ersten Blick haben die Menschen mehr auf dem Konto«, sagt Roth. Doch spätestens, wenn es für die nächsten Paar Schuhe keine Beihilfe mehr gibt, werden Betroffene merken, was der neue Regelsatz für sie bedeutet.

Nach Ansicht des Sozialwissenschaftlers soll Hartz IV vor allen Dingen den Druck auf die Hilfebedürftigen erhöhen, sich nach anderen Möglichkeiten für ihre Existenzsicherung umzusehen. Dazu habe der Gesetzgeber ein recht effektives Paket zusammenge-

► FALL 58ER-REGELUNG

Es hörte sich alles ganz einfach an. Arbeitslose, die 58 Jahre oder älter sind, verzichten auf Leistungen des Arbeitsamts wie Vermittlung oder Weiterbildung. Sie erhalten weiterhin ihr Geld, müssen sich aber nicht mehr regelmäßig beim Arbeitsamt melden. Im Gegenzug verpflichten sie sich, so früh wie möglich in Rente zu gehen. Als das Arbeitsamt vor zwei Jahren Joachim Krell diese sogenannte 58er-Regelung vorschlug, zögerte der Physiker nicht lange. Seit fünf Jahren war er mittlerweile arbeitslos. Chancen auf eine neue Stelle sah er in seinem Alter nicht mehr. Er stimmte zu.

An Hartz IV dachte er damals nicht. »Es wusste doch niemand, dass das auf uns zukommt.« Umso härter traf es ihn, dass er von diesem Jahr an unter die Hartz-IV-Bestimmungen fällt. Sein monatliches Einkommen hat sich halbiert. Auch seine Rente fällt durch Hartz IV geringer aus. Sein Auto darf er zwar behalten, aber er kann die Kosten nicht mehr bezahlen.

Wenn er an die Versprechen des Wirtschaftsministers denkt, schüttelt er den Kopf. »Clement hat gesagt, dass niemand abstürzen wird«, sagt Krell. »Ich weiß nicht, was Herr Clement sich unter einem Absturz vorstellt.«

Krell kennt auch andere Kollegen, die sich auf die 58er-Regelung eingelassen haben. »Manche wurden vom Arbeitsamt regelrecht dazu gedrängt«, erzählt er. Schließlich verbesserte das die Statistik. Wer unter die 58er-Regelung fiel, zählte nicht mehr zu den Arbeitslosen. Doch statt bis zur Rente über die Runden zu kommen, müssen nun einige ihre Altersvorsorge vorzeitig aufbrauchen. »Wenn ich das gewusst hätte«, sagt Krell, »hätte ich es wahrscheinlich nicht gemacht.« Vielleicht wäre er dann noch in einer ABM-Stelle untergekommen, überlegt Krell. Das hätte ihm immerhin den Anspruch auf ein halbes Jahr Arbeitslosengeld gebracht. Aufgegeben hat Krell nicht. Sein Widerspruch läuft noch. ◀

schnürt. So müssen ALG-II-Empfänger halbjährlich einen Folgeantrag stellen, wenn sie weiter Geld bekommen wollen. Ein weiteres Instrument der Arbeitsmarktreform wird nach Ansicht Roths erst in den nächsten Monaten seine volle Wirkung entfalten: die Eingliederungsvereinbarungen.

Darin wird festgelegt, mit welchen Mitteln der Hilfeempfänger wieder zu Arbeit kommen soll. Die Arbeitslosen müssen die-

sen Vertrag unterschreiben. Das, so Roth, gibt den Beratern viel Macht. »Das Schicksal eines Arbeitslosen liegt ganz in der Hand seines Sachbearbeiters.« Wenn dieser etwa entscheidet, dass der Arbeitslose keine Weiterbildung sondern einen Ein-Euro-Job braucht, hat der Leistungsempfänger keine Wahl. »Wer den Vertrag nicht unterschreibt, kann 30 Prozent weniger Leistung bekommen. Und wenn er den Ein-Euro-Job nicht

»Wir bekennen uns zur besonderen Verantwortung gegenüber den Schwächeren in unserer Gesellschaft. Deswegen wollen wir im Rahmen der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau.« (SPD Wahlprogramm 2002)



Foto: Jürgen Siegmann

antritt, kann seine Unterstützung noch einmal um 30 Prozent gekürzt werden.«

Auch die IG Metall kann keinen Fortschritt in der Arbeitsmarktreform der Bundesregierung erkennen. »Hartz IV macht die Leute arm und erhöht den Druck auf den Arbeitsmarkt«, sagt Axel Gerntke von der Grundsatzabteilung der IG Metall in Frankfurt. Nicht der Missbrauch von Ein-Euro-Jobs sei das Problem, sondern ihr Gebrauch. »Dadurch werden Menschen sozial entrechtet, und das Problem fehlender Sozial- und Steuereinnahmen wird weiter verschärft.« Statt Arbeitslose abzustrafen, fordert die IG Metall ein europaweit abgestimmtes Investitionsprogramm zur Sanierung der öffentlichen Infrastruktur.

Hartz IV trifft nicht nur Arbeitslose. »Je geringer die Unterstützung ausfällt, desto größer wird der Druck auf die Löhne«, sagt Sozialwissenschaftler Roth. Wer keine Leistungen bekommt, wird seine Arbeitskraft zu jedem Preis verkaufen, um zu überleben. »Das ist ein Angriff auf die Tarifverträge«, sagt Roth, »und damit ein Angriff auf alle Beschäftigten.«

► FALL ACKERLAND

Auf dem Papier ist Horst Schnitter* ein reicher Mann. Rund 400 000 Euro seien seine Grundstücke wert, teilte ihm die Behörde mit. Von Hilfebedürftigkeit könne keine Rede sein, befand der zuständige Sachbearbeiter und verweigerte Horst Schnitter kurzerhand das Arbeitslosengeld II. »Zuerst wusste ich gar nicht, was das soll«, erzählt der 49-jährige. Erst nach und nach dämmerte ihm, wie er zu diesem Vermögen gekommen war. Der Sachbearbeiter hatte aus seinem Acker kurzerhand wertvolles Bauland gemacht. Doch leider bringt ihm sein Reichtum nichts, denn den gibt es nur auf dem Papier der Behörde.

In den offiziellen Plänen von Schnitters Heimatgemeinde ist sein Acker kein Bauland. Das bestätigte ihm auch das zuständige Amt. »Die Grundstücke liegen ziemlich weit abseits, und es ist teilweise auch Moor«, sagt Schnitter. In der Gewissheit, dass es sich nur um einen Irrtum vom Amt handeln kann, legte Schnitter

Widerspruch ein. Doch bislang ohne Erfolg. »Jetzt bemängelt die Behörde auch noch die Größe des Grundstücks, auf dem das Haus steht«, erzählt Schnitter. Sie verlangt, dass er das Grundstück teilt und zur Hälfte verkauft. Nur weiß er nicht, wie er das machen soll: »Das Grundstück ist rundherum bebaut.« Neben dem Wohnhaus stehen dort auch Wirtschaftsgebäude.

Vor drei Jahren wurde der gelernte Heizungs- und Lüftungsbauer arbeitslos. Sein befristeter Vertrag war ausgelaufen. In der Baubranche gibt es nicht viele Stellenangebote. Mit seinen 49 Jahren hat Schnitter schlechte Karten. Seine kleine Landwirtschaft bringt ihm rund 1200 Euro pro Jahr. Als Nebenerwerbslandwirt ist er immerhin krankenversichert. Schnitter kämpft weiter um seine Ansprüche. Von der Hoffnung, dass sich seine Grundstücke eines Tages tatsächlich in Bauland verwandeln, kann er jedenfalls nicht leben. ◀

* Name geändert



► EMPFÄNGER WOHT BEI SEINEN ELTERN

Die Antwort kam überraschend schnell. Anfang Januar hatte Friedhelm Sonntag seinen Antrag auf Arbeitslosengeld II abgeschickt und schon eine Woche später kam der Bescheid: abgelehnt. Weil Sonntag in einer Wohnung im Haus seiner Eltern lebt, bekommt er keinen Cent Unterstützung. Der 46-Jährige kann es nicht fassen: »Würde ich zwei Häuser weiter wohnen, bekäme ich Geld.« In Zeiten von Hartz IV weht der Wind Hilfebedürftigen schärfer ins Gesicht. Leben sie in Gemeinschaft mit Verwandten oder Verschwägerten, unterstellt der Gesetzgeber einfach, dass sie auch von diesen unterstützt werden. Sie müssen erst das Gegenteil beweisen, sonst gibt es kein Geld.

Sonntags Eltern erklärten schriftlich, dass sie ihren Sohn nicht finanziell unterstützen. Doch das reichte der Behörde nicht. Sie verlangte, dass die Eltern ihr Einkommen und ihr Vermögen ange-

ben. »Was soll ich machen?«, fragt Sonntag. »Ich stehe ohne Geld da, und wenn ich klage, kann das zwei Jahre dauern. Wovon soll ich in dieser Zeit leben?« Deshalb werden seine Eltern wohl die geforderten Nachweise abgeben.

Denn Aussicht auf einen Job hat der gelernte Karosseriebauer nicht. Vor vier Jahren verlor er seine Arbeit. Sein Rücken und seine Gelenke schmerzten von jahrelanger schwerer körperlicher Anstrengung. Schließlich konnte er seinen Beruf gar nicht mehr ausüben. »Natürlich suche ich Arbeit«, sagt Sonntag, »aber mit meiner Schwerbehinderung ist es nicht leicht, etwas zu finden.« Auch die Arbeitsvermittlung hilft ihm nicht. Als Sonntag dort nachfragte, erklärte man ihm rundheraus, dass man für ihn nicht zuständig sei. Die Arbeitsvermittlung betreue nur Arbeitslosengeld-Empfänger. Dazu gehört Friedhelm Sonntag nicht. ◀

Foto: Jürgen Siegmann

RATGEBER ZU HARTZ IV

Größe und Kosten für Wohnraum

Die Kommunen sind grundsätzlich verpflichtet, die vollen Wohnungskosten zu erstatten. Das Gesetz begrenzt den Anspruch auf die so genannten »angemessenen« Unterkunfts-kosten, die oft unter den tatsächlichen Kosten liegen.

Die Größe der Wohnung darf für Einzelpersonen zwischen 45 bis 50 Quadratmeter, für Paare 60 Quadratmeter, für drei Personen 75 Quadratmeter sowie zehn bis 15 Quadratmeter für jede weitere Person betragen. Bei selbstgenutztem Wohneigentum gelten 130 Quadratmeter Wohnfläche als angemessen. Wichtiger als die Wohnungsgröße sind die »angemessenen Kosten«. Häufig richten sich die Kommunen nach den förderfähigen Mieten im Wohngeldgesetz oder nach den unteren Werten im örtlichen Mietspiegel.

Bezieher, deren Bescheid nicht alle Unterkunfts-kosten berücksichtigt, ohne dass dies plausibel ist, sollten zunächst beim Amt nach der Grundlage der Kürzung fragen. Im Falle eines Widerspruchs gilt eine Frist von vier Wochen nach Bescheiderteilung.

► Mehr im Internet:

DGB-Flyer »Unterkunfts-kosten bei Hartz IV«: www.dgb.de

► Musterwiderspruch:

www.igmetall.de/themen/arbeitslosengeld_ii/widersprueche

► Wohngeldbroschüre: www.bmfvbw.de

Hinzuverdienstmöglichkeiten

Die geplanten Veränderungen der Hinzuverdienstmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose sollen noch vor der Sommerpause im Bundestag verabschiedet werden. Die zentralen Regelungen sind:

- Die Hinzuverdienstmöglichkeiten werden durch Einführung eines pauschalen Grundfreibetrags von 100 Euro monatlich vereinfacht und verbessert.
- Die Berechnung der Einkommensfreibeträge wird an das Bruttoeinkommen vereinfacht: Bis zu einem Bruttoeinkommen von 800 Euro beträgt der prozentuale Freibetrag 20 Prozent des 100 Euro übersteigenden Einkommens. Für Bruttoeinkommen über 800 Euro liegt der zusätzliche prozentuale Freibetrag bei zehn Prozent.

- Die Obergrenze für die Freibeträge liegt für Hilfebedürftige ohne Kinder bei einem Bruttoeinkommen von 1200 Euro, für alle Hilfebedürftigen mit Kindern bei einem Bruttoeinkommen von 1500 Euro.
- Einstiegsgeld kann künftig auch dann gewährt werden, wenn die Hilfebedürftigkeit durch Aufnahme einer Beschäftigung entfällt.

► Mehr im Internet:

www.arbeitsmarktreform.de

58er-Regelung

Zahlreiche Erwerbslose haben mit den Arbeitsagenturen eine 58er-Regelung vereinbart im guten Glauben, keinen finanziellen Verlust zu erleiden. Doch durch die Einführung von ALG II fallen die Zuwendungen erheblich geringer aus. Die IG Metall rät Betroffenen, Widerspruch gegen den Bescheid einzulegen und sich bei der zuständigen IG Metall-Verwaltungsstelle beraten zu lassen. Gewerkschaftsmitgliedern wird in der Regel Rechtsschutz gewährt.

► Musterwiderspruch im Internet:

www.igmetall.de/themen/arbeitslosengeld_ii/widersprueche.html ◀

**Nutzfahrzeug-Produktion
bei MAN in München:
Sparen ohne Einbuße**



Foto: argus/Peter Fritschmuth

Belegschaftsmodell gegen Lohnabbau bei MAN

»Viele verdienen heute mehr«

Bei MAN laufen die Geschäfte gut. Im Bereich Nutzfahrzeuge stieg der Gewinn um 68 Prozent. Doch die Geschäftsleitung will Mehrarbeit ohne Lohnausgleich. Die Belegschaft setzte ein Alternativprogramm durch: Kostensenkung ohne Mehrarbeit und Lohnabbau.

Der MAN-Geschäftsbericht für das Jahr 2004 strotzt vor Selbstbewusstsein: Zuwachs beim Umsatz, beim Gewinn, beim Auftragseingang. Alle fünf Kernbereiche des Konzerns (62 000 Beschäftigte weltweit) schlossen mit einem ordentlichen bis kräftigen Plus ab. Ein besonders gutes Ergebnis legte der Bereich Nutzfahrzeuge (NF) vor. Der Gewinn lag um 68 Prozent höher als im Vorjahr.

In bester Geschäftsbericht-Lyrik verlautete der NF-Vorstand im März 2005: »Grundlage für unseren Erfolg sind unsere kompetenten und engagierten Mitarbeiter.« Vier Wochen später wussten die Kolleginnen und Kollegen der MAN-Nutzfahrzeuge AG (20 500 Beschäftigte im Inland), welches Engagement die Geschäftsleitung meint: Mehrarbeit ohne Lohnausgleich und Kosteneinsparung von 150 Millionen Euro pro Jahr. Die Lohnkostensenkungen (zum Beispiel Kürzung der Akkord-Prämien) sollen 50 Millionen erbringen, die Erhöhung der Produktivität weitere 100. Welchen Extraprofit sich die Geschäftsleitung von den unbezahlten Arbeitsstunden erhofft, ließ sie nicht verlauten.

Jürgen Dorn, der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von MAN-Nutzfahrzeuge: »Es gehört schon viel dazu, bei dieser gewaltigen Gewinnsteigerung von den Beschäftigten fünf Stunden unbezahlte Mehrarbeit zu verlangen.« Über Kostensenkungen hingegen lassen die Belegschaftsvertreter durchaus mit sich reden. Jürgen Dorn: »Für intelligente Lösungen sind wir zu haben. Nicht aber für Kürzungen zu Lasten der Arbeitsbedingungen.«

Wie eine solche intelligente Lösung aussehen kann, zeigten die Kolleginnen und Kollegen der Achsfertigung im Münchner MAN-Werk. Die Geschäftsleitung wollte für die über 800 Beschäftigten des Bereichs eine Kostensenkung von 20 Prozent mit den üblichen Argumenten durchsetzen: Verlagerung der Produktion nach Polen, oder aber eine erhebliche Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Der Betriebsrat und die IG Metall-Vertrauensleute hingegen fanden eine Lösung, die ganz ohne die bekannten Manager-Folterinstrumente auskommt. Betriebsrat Athanasios Stimoniariis: »Seit zwei Monaten haben wir eine Einsparnis von 21,2 Prozent. Die Arbeitszeit ist gleich geblieben, es gab keine Lohnsenkungen. Im Gegenteil: Viele Kolleginnen und Kollegen verdienen heute sogar mehr.«

Das Geheimnis dieses Erfolgs: Statt der üblichen Rationalisierer und Arbeitsplatzvernichter kümmerten sich die Betroffenen selbst um eine vernünftige Gestaltung ihres Arbeitsumfelds. Denn sie wissen am Besten, wo es hakt. Materialfluss, Maschinenstillstand oder Fragen der Qualität – aber auch Problemanalyse und Lösungsoptionen: Die Beschäftigten sind die Fachleute. Bei der MAN tagte über viele Wochen eine Expertenrunde der anderen Art: Vertrauensleute und Betriebsräte berieten über die Schwachstellen.

Sie kamen, gewissermaßen zwangsläufig, zu anderen Ergebnissen als die üblichen

Gremien. Unter Einbeziehung von Meistern, Abteilungsleitern und Mitgliedern der Geschäftsleitung konnten die aktiven Metalllerinnen und Metalller schließlich ein Programm verabschieden, das die Arbeitsplätze sichert und sinnlose Ressourcenverschwendung vermeidet.

Beispiel Rechner gesteuerte Fertigungsmaschinen: Die Kolleginnen und Kollegen an den Maschinen sind nun für einen Teil der Wartung selbst verantwortlich. Nicht mehr Routine und Einsatzpläne der Instandhalter entscheiden, wo und wann welche Maschine gewartet wird, sondern die Beschäftigten selbst. Der Effekt: weniger Maschinenstillstand, längere Lebensdauer der Geräte, weniger Ausschuss.

Athanasios Stimoniariis: »Damit haben wir nicht nur sinnvolle Einsparungen durchgesetzt, sondern erhöhen gleichzeitig auch die Qualifikation der Beschäftigten.« Das Modell Achsfertigung wurde bei

den aktiven Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen aber auch kontrovers diskutiert. Jürgen Dorn: »Manche waren der

Meinung, wir sollten uns nicht den Kopf der Geschäftsleitung zerbrechen.«

Der Kampf um den Erhalt der Beschäftigung ist bei MAN-Nutzfahrzeuge aber längst noch nicht ausgestanden. Die Geschäftsleitung will jetzt das Werk in Penzberg (700 Beschäftigte) verkaufen. Wieder stehen hunderte von Arbeitsplätzen auf dem Spiel. ◀

Hans-Otto Wiebus

»Nicht Routine und Instandhaltung entscheiden, sondern die Beschäftigten«



Jugend-Aktionstag 18. Juni

Die Auseinandersetzung um die Zukunft des Sozialstaats spitzt sich weiter zu. Die Jugend der IG Metall meldet sich mit Alternativen, Aktionstag und Konzerten zu Wort.

Es reicht: Über eine halbe Million Jugendliche sind ohne Job. Hunderttausende haben keine qualifizierte Ausbildung. Rund 400 000 Jugendliche sind in Fördermaßnahmen zwischengelagert. Fast eine Millionen Kinder leben von Sozialhilfe. An den Schulen herrscht Lehrermangel, es wird nicht in-

vestiert und die Schulgebäude verfallen. »Wenn Politik und Wirtschaft keine Visionen mehr haben, wir können ihnen helfen. Und das will die Kampagne ›Wir können auch anders‹ zeigen. Wir wollen Jugendlichen eine Perspektive geben«, sagt Erwin Vitt, Vorstandsmitglied der IG Metall.

Interview mit der Aktionstag Band Fiddler's Green, Rainer Schulz (Bass):

► Gesellschaft:

Was ist unser größtes Problem?

Ich sehe das größte Problem in der zunehmend mangelhaften Bildung. Daraus resultieren automatisch fast alle anderen Schwierigkeiten. Wissen und Qualifikation sind in Deutschland der einzige nachwachsende Rohstoff – und waren in den letzten Jahrhunderten das Exportgut schlechthin. Wenn der Standard immer weiter sinkt, werden immer mehr Firmen dieses Land verlassen, was zu einem weiteren Anstieg der Arbeits- und Lehrstellenlosigkeit mit allen daraus resultierenden Konsequenzen führen wird!

► Arbeit:

Was war der lausigste Job, den du je gemacht hast?

Ich hatte schon viele lausige Jobs – vor, während und nach meinem Studium: Hausmeister, Müllberater, Straßenkehrer, Gärtner, Autoschildermacher, Fahrer, Kopierer, Parkplatzwächter, diverse Bürojobs. Da fällt einem der lausigste gar nicht mehr auf!

Schon mal arbeitslos gewesen?
Arbeitslos war ich noch nie – irgendeinen Mist habe ich immer gemacht.

► Musik

Was macht an deiner Arbeit am meisten Spaß?

Am meisten macht der Spaß an der Arbeit Spaß. Es ist abwechslungsreich und sehr kurzweilig – man ist fast jeden Tag woanders.

Kann Musik helfen, die Zustände/die Welt besser zu machen?

Musik kann die Zustände der Welt eher erträglicher machen als sie zu ändern. Allerdings wird die Kommunikation der Hörer untereinander gefördert, was auch nur von Vorteil sein kann.



Das Plakat zur Aktion

Die Liste der Vorschläge ist lang:

- eine gute Schul- und Berufsausbildung
- eine angemessene Ausbildungsvergütung und ein entsprechendes Einkommen nach der Ausbildung
- die sichere Übernahme nach der Ausbildung
- soziale Gerechtigkeit sowie eine gerechtere Welt
- ein Gesundheitssystem, das alle miteinragen
- und ein Steuersystem, das endlich Konzerne einbezieht.

Ihre Forderungen, Alternativen und politischen Visionen will die IG Metall-Jugend am 16. und 17. Juni in Nürnberg, der Stadt der Menschenrechte, diskutieren. Mehr als 300 Jugendliche werden zum Kongress erwartet. Am nächsten Tag, dem Aktionstag am 18. Juni, geht es weiter. »Im Mittelpunkt werden die Menschenrechte stehen. Insbesondere der Artikel 23, der das ›Recht auf Arbeit‹ verspricht«, betont Michael Faißt, Ressortleiter Jugend beim IG Metall-Vorstand.

Der Aktionstag hat gleich mehrere Höhepunkte: Auf dem Nürnberger Hauptmarkt werden die Inhalte der Kampagne »Wir können auch anders« mit Musik und politischem Theater vorgestellt. Dann geht es weiter

mit einer Demo quer durch die Innenstadt. Ziel: die Festivalwiese. Dort gibt es Mojitostände, DJs, ein Zelt in dem das Fußballspiel

Deutschland-Tunesien übertragen wird und schließlich die Highlights: Party-Folk von Fiddler's Green, Crossover von den H-Blockx und Reggae mit Gentleman. Mehr Infos zum Aktionstag haben die Verwaltungsstellen oder in Internet unter www.jugend.igmetall.de/festival/ ◀



Interview mit H-Blockx, Henning Wehland (Vocals):

► Gesellschaft:

Was ist unser größtes Problem?
Pessimismus.

► Arbeit:

Was war der lausigste Job, den du je gemacht hast?

Mit jedem Job lerne ich für's Leben.

Schon mal arbeitslos gewesen?
Nein.

► Musik

Was macht an deiner Arbeit am meisten Spaß?

Die Freiheit, mich auszudrücken, so wie ich es möchte
Kann Musik helfen, die Zustände/die Welt besser zu machen?
Ja.



Foto: Concertbüro Franken

Caravanindustrie

Die Weichen für die Zukunft stellen

Der Strukturwandel hat auch die Caravanindustrie erfasst. Die kleinen Hersteller gehen kaputt oder werden von den großen geschluckt, weil sie die Entwicklungen verschlafen haben. Dennoch sieht die langfristige Perspektive nicht schlecht aus.



Hymer Wohnmobil: Kein Sanierungsfall

Zeit für einander haben«, »Natur erleben«, »Viel von der Welt sehen«. Diese Wünsche stehen bei Campingfahrzeug-Reisenden im Vordergrund. »Caravaning« ist Kult bei einem Teil der Urlauber.

Die Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen hat einen »eindeutigen Trend« bei Jung und Alt zum »Caravaning« ermittelt. In ihrer Reiseanalyse 2004 kam heraus, dass sich allein in der Bundesrepublik elf Millionen Menschen in den nächsten drei Jahren vorstellen können, mit einem Wohnwagen oder Wohnmobil in den Urlaub zu fahren.

Nach Angaben der European Caravan Federation (ECF) sind im Jahr 2004 die Zulassungszahlen bei mobilen Freizeitfahrzeugen zum Vorjahr um 6,7 Prozent in Europa gestiegen – auf etwa 200 000 Fahrzeuge. Besonders die Reisemobile legten dabei um 9,1 Prozent zu, das beste Ergebnis seit 1993. Die Caravanindustrie sieht durchaus ein noch weiteres Wachstums-Potenzial. Im Blick hat sie dabei die Altersgruppe »55

plus«. Diese »jungen Alten« wollen individuell und komfortabel ihren Ruhestand genießen und komfortabel reisen.

Auch die Jüngeren sind als Zielgruppe erkannt. Sie stehen auf »poppige« Design-Fahrzeuge, die nur mit dem nötigsten ausgestattet sind. Ein weiteres Marktsegment stellen Familien mit Kindern dar. Sie bevorzugen den klassischen Wohnwagen, nutzen aber auch häufiger die Reisemobile.

Zum größten Markt für Freizeitfahrzeuge mauserte sich Großbritannien mit fast 45 000 Fahrzeugen. Auf dem zweiten Platz liegt Deutschland, mit knapp 41 000 Neuzulassungen. Besonders erfreulich ist nach Ansicht des Caravaning Industrie Verbands (CIVD), dass der deutsche Markt wieder unter »deutlich positiven Vorzeichen« steht. Die starke europäische Nachfrage habe der deutschen Caravanindustrie in den letzten Jahren über die Phase der schwachen Inlandskonjunktur hinweggeholfen. Der heimische Markt wird zu 90 Prozent durch

inländische Hersteller abgedeckt. Importeure spielen mit knapp sieben Prozent fast keine Rolle. Die Zukunft sieht mit diesen Zahlen relativ rosig aus – möchte man meinen. Doch auch diese Branche ist vom neoliberalen Virus befallen.

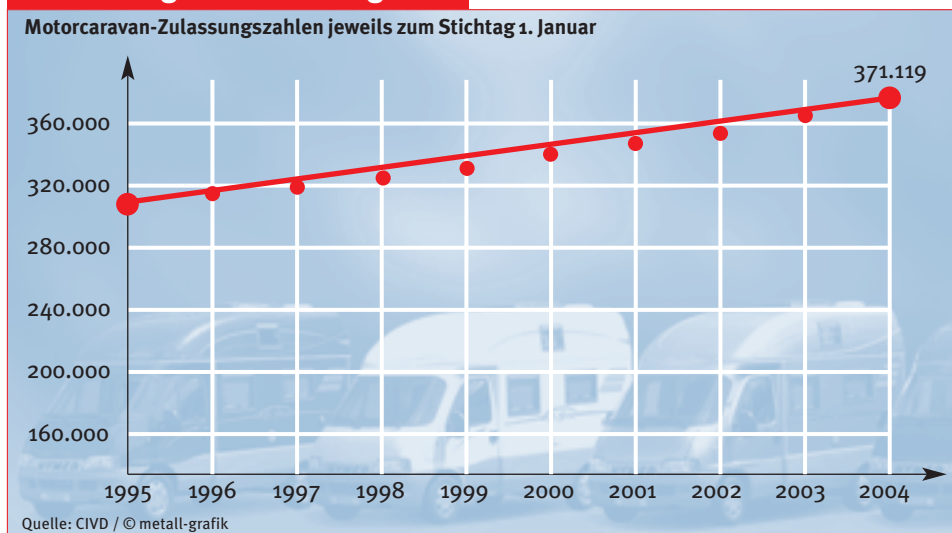
Das zeigt das Beispiel Hymer im badi-schen Bad Waldsee. Die IG Metall hat seit Jahren darauf gedrängt, dass in den Standort investiert wird. Neue Hallen müssen her. Die Geschäftsleitung knüpfte im Herbst 2004 diese Investition jedoch an Bedingungen. Die etwa 1000 Beschäftigten sollten einer dauerhaften, tarifvertraglichen Senkung der Arbeitsbedingungen in Höhe von 5,5 Millionen Euro pro Jahr zustimmen. Erreicht werden sollte die Einsparung durch unbezahlte längere Arbeitszeiten und weitere nicht näher erläuterte »Maßnahmen«.

Gleichzeitig teilte die Geschäftsleitung mit, man könne in Ostdeutschland investieren. Solange die Investition in Ostdeutschland nicht zu Lasten der Beschäftigten in Bad Waldsee gehe, »haben wir keine Probleme, meint Vincenzo Savarino, IG Metall-Sekretär in Friedrichshafen, der den Betrieb betreut. »Uns geht es um die üble Erpressung und das Nutzenwollen der vermeintlichen Gunst der Stunde.«

Investition lohnt sich

Dabei geht es Hymer blendend. Der Hersteller ist »Marktfähig«. Von der Konkurrenz gefürchtet sind die erwirtschafteten Eigenkapitalrenditen (um die 40 Prozent in den Jahren 2003 und 2004). »Das ist für die Branche beispiellos«, erklärt Savarino. »Die neuen Hallen sind kein Geschenk an die Belegschaft, sondern produktionstechnische Notwendigkeit.« Er glaubt, dass durch die Neugestaltung der Arbeitsorganisation und der Arbeitsabläufe der Standort den »notwendigen Schub« bekommen kann. Damit wird Bad Waldsee auf den neuesten Stand ge-

Zulassungszahlen steigen



In Deutschland waren zum Stichtag 1. Januar 2004 insgesamt 317 119 Reisemobile zugelassen. Seit zehn Jahren steigt die Produktion. Der Boom hält weiter an. Ein Ende ist nicht abzusehen.



Fotos: Werner Bachmeier

Produktion von Freizeitfahrzeugen: Eindeutige positive Anzeichen auf dem deutschen Markt

bracht. »Bei einem Gewinn von 14 Millionen Euro im letzten Geschäftsjahr, das sind pro Kopf 14 000 Euro, lohnt sich die Investition«, sagt Savarino. Der Anteil der Personalkosten von gerade mal 16 Prozent, sei da zum Senken der Kosten unerheblich.

Hymer ist kein Sanierungsfall

Das Einsparvolumen von 5,5 Millionen Euro pro Jahr bedeutet, dass die Geschäftsleitung von den Beschäftigten als »unabdingbar« einfordern will, hält Savarino für »unangemessen«. Das sind 5500 Euro, auf den jeder Einzelne verzichten müsste. Die Summe ergibt sich aus dem »Maßnahmenkatalog« des Vorstands: längere Arbeitszeit (unbezahlt), Änderung der Prämienentlohnung, keine Gewinn-

beteiligung mehr, Verzicht auf Tarifierhöhung, keine Zuschläge für Überstunden, noch mehr Flexiarbeit und noch mehr Leiharbeit.

»Wir verschließen uns keinen Vorstellungen, die die Geschäftsleitung formuliert. Im Sanierungsfall ist die IG Metall bereit, zum Erhalt der Arbeitsplätze zeitlich begrenzte Einschnitte zu vereinbaren. Aber Hymer ist kein Sanierungsfall«, sagt Savarino. Das ganze Tariffsystem bräche zusammen, wenn trotz traumhafter Renditen bei der Hymer AG Verschlechterungen zugelassen würden. »Eine Woche später verlangen alle Konkurrenten Ähnliches.« Eine Arbeitszeitverlängerung bedeutet allein bei Hymer nach Berechnungen der IG Metall rund 140 Arbeitsplätze weniger. Bei der Konkurrenz (Dethleffs und Carthago) weitere

120. Und bei den Konzerntöchtern (Bürstner und LMC) noch einmal 200. »In der Branche würde die Spirale nach unten beginnen. Dieses Spiel werden wir nicht mitmachen«, kündigt er Widerstand an.

Das sieht auch die IG Metall so. Die Unternehmen haben es versäumt, rechtzeitig ausreichende Kapazitäten aufzubauen. Sie stellen in hohem Maße Leiharbeiter ein. Überstunden und Wochenendschichten werden in einigen Betrieben – wie auch bei Hymer – zum Regelfall. Deshalb fordert die IG Metall Neueinstellungen und Investitionen in die berufliche Erstausbildung und in die berufliche Weiterbildung. Das sind die richtigen Weichenstellungen in die Zukunft. ◀

Werner Hoffmann

Interview

»Vorteile durch pfiffige Produkte«

metall sprach mit Wolfgang Bonneik, Ressortleiter Holz und Kunststoff beim Vorstand der IG Metall, über die Lage in der Caravan-Branche.

metall: Der Sommer steht vor der Tür. Viele Urlauber sind wieder mit dem Wohnwagen unterwegs. Macht sich das auch in der Branche bemerkbar?

Wolfgang Bonneik: Indirekt schon. Jedoch werden die großen Geschäftsabschlüsse auf den internationalen Messen getätigt. Dabei profitieren die Unternehmen sehr unterschiedlich von der Konjunktur.

metall: Auf welche Weise?

Bonneik: Es gibt namhafte Hersteller wie Hymer oder Hobby, die am Markt – dank innovativer Produkte – noch gut da stehen. Andere Hersteller sind national und international schlecht aufgestellt.

metall: Haben wir es mit einer gespaltenen Konjunktur zu tun?

Bonneik: Ja. Wie in anderen Branchen auch

sind die Unternehmen, die auf Qualität, pfiffige Produkte und gute Arbeitsorganisation setzen, im Vorteil gegenüber denen, die glauben, mit alten Rezepten, wie Verlagerungen oder längerer unbezahlter Arbeitszeit, über die Runden zu kommen.

metall: Was schlägt die IG Metall vor, um die Branche zu sichern?

Bonneik: Die deutsche Caravanindustrie muss sich noch stärker als bisher um Forschung und Entwicklung kümmern. Dieses kann nur in einem gesicherten Umfeld geschehen. Dies bringt auch eine höhere Produktivität

metall: Was ist ein gesichertes Umfeld?

Bonneik: Die Beschäftigten brauchen einen sicheren Arbeitsplatz an einem gesicherten Standort. Aus den Erfahrungen in anderen Branchen, etwa der Automobilindustrie, wis-

sen wir, dass motivierte Mitarbeiter sich insbesondere für Innovation engagieren, wenn ihre Leistungen durch die Arbeitgeber positiv gewürdigt werden. Angst um den Arbeitsplatz und Erpressungen durch die Unternehmen sind nicht geeignet, die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe langfristig zu verbessern.

metall: Was muss die Branche tun?

Bonneik: Sie muss sich auf die IG Metall zubewegen. Das heißt, die Caravanbranche muss aus der Diskussion um verlängerte Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich aussteigen und mit uns vernünftige Vereinbarungen zur Sicherung der Branche verhandeln und abschließen. Für uns gilt: Billigere Produktion bringt keine besseren Produkte. ◀



Foto: Michael Schinke



Zeitmanagement

Zeit ist ein wichtiges Gut

Informationsflut, Wissensgesellschaft, Multitasking – mit diesen Stichworten beschreiben Trendforscher den heutigen Büroalltag. Moderne Kommunikationstechniken wie Internet und E-Mail machen die Arbeitswelt leistungsfähiger, bringen aber auch Hektik und Unübersichtlichkeit.

Trendforscher wie der Medienwissenschaftler Norbert Bolz sehen, dass der Umgang mit Zeit die Gesellschaft zunehmend in zwei Klassen spaltet. Auf der einen Seite stehen die Wissensarbeiter, die es schaffen, Informationen effektiv und gewinnbringend zu verarbeiten. Ihnen gegenüber stehen die »armen Schlucker«, die persönliche Dienstleistungen für andere erbringen. »Wenn Ihr Auto mal wieder eine neue Plakette braucht, können Sie zum TÜV gehen und

dort warten, bis Sie dran sind. Für etwas mehr Geld können Sie Ihr Auto in eine Werkstatt bringen und den TÜV dort machen lassen. Für noch mehr Geld können Sie den Werkstattinhaber dazu bringen, Ihr Auto abzuholen, Ihnen einen Ersatzwagen hinstellen und zwei Tage später das Auto wieder zurückzubringen.«

Zeit ist also zum wichtigsten Gut geworden. Entsprechend stehen sämtliche Informations- und Konsumangebote in einem harten Konkurrenzkampf um die Aufmerksamkeit ihrer Nutzer. Für den Arbeitsplatz heißt das: Es geht nicht mehr hauptsächlich um das Suchen und Erarbeiten von Informationen, sondern darum, zu filtern und auszuwählen, was per Briefpost, Fax und E-Mail nach Beachtung und Beantwortung schreit.

So sehr, dass für die wesentlichen Dinge häufig kaum noch Zeit bleibt.

Viel beschäftigte Menschen versuchen dann so zu arbeiten wie ein Computer – durch »Multitasking«, zu deutsch: Sie versuchen, mehrere Aufgaben auf einmal zu erledigen. Etwa indem sie ihre E-Mail checken, während sie telefonieren, während einer Besprechung die Postmappe durchblättern oder beim Fernsehen lesen. Letztlich machen sie dabei keine der gleichzeitigen Aufgaben wirklich gut. Stress und Unzufriedenheit steigen. Nicht zuletzt deshalb ist eine ganze Ratgeber-Branche gewachsen, die irritierten »Wissensarbeitern« Tipps zur Vereinfachung ihres (Arbeits)Alltags gibt. Im folgenden einige Hinweise der Organisationsexperten Lothar Seiwert und Werner Küstenmacher. ◀

Literartipp:

Andreas Grosz, Jochen Witt (Hg.)
Living at Work. Trendbuch
Leben und Arbeiten in der Zukunft.
Carl Hanser Verlag, 2004.

»LOST IN E-MAIL?« SO BEHALTEN SIE DIE MAIL IM GRIFF

Feste Zeiten

Sie müssen nicht jede Mail gleich lesen, die auf Ihrem Bildschirm aufblinkt. Das lenkt Sie von dem ab, was Sie gerade tun – mit dem Ergebnis, dass Sie für alles länger brauchen. Behandeln Sie stattdessen Ihre elektronische Post wie Ihren herkömmlichen Briefkasten. Leeren Sie ihn täglich und antworten Sie kurz, aber sofort.

Schnell verarbeiten

Bearbeiten und löschen Sie Ihre Mails gleich beim ersten Lesen – oder sortieren Sie sie zumindest in Ordner wie »Archiv«, »laufende Vorgänge«, oder auch themenbezogen. Sind Sie nicht sicher, ob Sie eine Mail nochmals brauchen, legen sie einen »Vor-Papierkorb« an, in dem jedes Schriftstück nach einem Monat gelöscht wird (wenn niemand mehr danach fragt).

Sparsam kopieren

Vereinbaren Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen, dass Sie E-Mail-Kopien nur in wichtigen Ausnahmefällen an einen großen Adressatenkreis verschicken. Es kostet zu viel Zeit, wenn jeder alles liest.

Betreffzeile nutzen

Wenn Sie eine Mail verschicken, formulieren Sie möglichst knapp in der Betreffzeile, worum es geht. Sie strukturieren damit nicht nur Ihr eigenes Schreiben, sondern machen es auch dem Empfänger leichter, Ihre Mail »einzuordnen«. Bitten Sie auch Ihre Kollegen darum.

Text strukturieren

Haben Sie mehrere Anliegen, nummerieren Sie sie am besten durch, damit die oder der andere nichts übersieht. Schreiben

Sie am Schluss möglichst konkret, was Sie von Ihrem Gegenüber erwarten (Stellungnahme, Zusage, Termin, Korrektur oder Zusendung von Unterlagen). Noch besser: Schreiben Sie für jedes Anliegen eine eigene (kurze) Mail.

Anhänge möglichst vermeiden

Versenden Sie Anhänge nur, wenn es nicht anders geht. Anhänge benötigen Zeit zum Öffnen, Lesen und Formatieren und sind außerdem ein Virenrisiko. Verschicken Sie sie nur, wenn der oder die andere wirklich die komplette Datei braucht. Ansonsten kopieren Sie wichtige Passagen in die Mail.

Abwesenheit mitteilen

Nutzen Sie bei Urlaub oder Abwesenheit das E-Mail Feature »out

of office«. Dann ist Ihr Briefkasten geschlossen und die Absender erfahren, wann Sie wieder da sind. Und wenn Sie wiederkommen, müssen Sie sich nicht durch zig – meist schon veraltete – Mails arbeiten.

E-Mail ist nicht alles

Achten Sie bei alledem darauf, dass beim alltäglichen Mailen der persönliche oder auch telefonische Kontakt zu Ihren Ansprechpartnern nicht verkümmert. Körpersprache, Augenkontakt und Stimme sind wichtig. Antworten Sie auf eine Mail immer wieder mal spontan per Telefon und erleichtern Sie das auch Ihren Mailpartnern, indem Sie unter Ihre elektronischen Botschaften standardmäßig Ihre Telefonnummer setzen.

► www.simplify.de



TELEFON-CHECKLISTE

- Machen Sie sich den Grund Ihres Gesprächs klar: Welches Ziel wollen Sie konkret erreichen?
- Welche Fragen, Probleme oder Ideen wollen Sie mit Ihrem Gesprächspartner klären oder diskutieren?
- Bereiten Sie alle wichtigen Unterlagen vor, beispielsweise Kundenakte oder Korrespondenz. Suchen während des Gesprächs kostet Zeit und Nerven.
- Bereiten Sie sich auf Einwände und Fragen des Gesprächspartners vor. Noch können Sie in Ruhe überlegen, wie Sie sie entkräften.
- Straffen Sie die Kontaktphase. Die Eröffnung eines Telefongesprächs bestimmt auch seinen Verlauf und das Ende.
- Sagen Sie zu Beginn, worum es geht, was Sie wollen und welche Punkte Sie ansprechen wollen: Ihr Gespräch verkürzt sich.
- Verfolgen Sie insbesondere bei Ferngesprächen die Dauer (= Kosten) Ihres Anrufs.
- Fassen Sie bei längeren Gesprächen das Ergebnis und eventuelle Maßnahmen (Wer macht was wann?) am Ende kurz zusammen.
- Fassen Sie sich kurz: Schließen sie das Gespräch ab, sobald das Gesprächsziel erreicht ist.
- Notieren Sie Ergebnisse und halten Sie sofort Daten, Aufgaben und Termine fest, solange die Informationen noch frisch sind.
- www.seiwert.de

Tipps

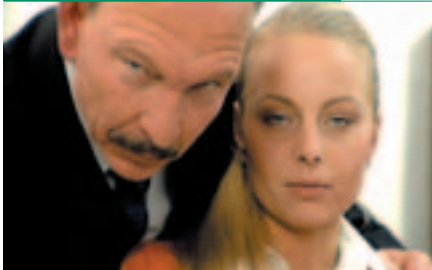


Foto: DGB
Fernsehsport des DGB:
Mobbing und
Belästigung im Büro

Online-Beratung

Schwarzbuch Ausbildung

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat in einem »Schwarzbuch Ausbildung« rund 77 Fälle zusammengetragen, das authentische Missstände beschreibt, mit denen Auszubildende täglich konfrontiert sind. Darin ist nicht nur von ausbildungsfernen Arbeiten die Rede, sondern auch von ausbleibenden Lohnzahlungen, ausufernden Überstunden sowie von Mobbing, sexueller Belästigung und gesundheitsgefährdenden Tätigkeiten. So berichtet ein Fahrzeuglackierer, dass er mit krebserregenden Stoffen hantieren muss. Von solchen Fällen wimmelt es

bei der Online-Beratung der DGB-Jugend »Doktor Azubi«. Auf einer eigenen Homepage können Auszubildende über Missstände in der Ausbildung berichten und erhalten von besonders geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Antworten. Die Online-Beratung im öffentlichen Forum ist kostenlos. Gewerkschaftsmitglieder werden per E-Mail individuell beraten und sollen in schwierigen, komplexen Fällen auch einen Rechtsanspruch haben. Beratung unter:

► www.dr-azubi.de

Infos gibt es auch im IG Metall-Jugendportal:

► www.jugend.igmetall.de/schwarzbuch ◀

Buchtipps

EU-Osterweiterung

Geschlechterperspektive

Standortverlagerungen, Lohn-dumping, Arbeitsmigration, neue Märkte, aber auch neue Konkurrenzen: Der Prozess der EU-Erweiterung wirkt sich auf vielerlei Weise auf die Arbeitsgesellschaft in den alten und neuen EU-Staaten aus. Er eröffnet den Arbeitnehmerinnen neue Chancen, birgt aber auch zahlreiche Risiken. Doch Fragen zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft spielen im Prozess der Erweiterung bisher eine untergeordnete Rolle. Das im VSA-Verlag erschienene Buch »Bringt Europa Frauen nach vorn? Chancen und Risiken für Gleichstellungspolitik« befasst sich mit den Ängsten und Befürchtungen der Arbeitnehmerinnen diesseits und jenseits der alten EU-Grenzen. Um Lohn-

dumping zu verhindern, haben sich die Gewerkschaften in Deutschland dafür eingesetzt, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Bürgerinnen der neuen EU-Staaten zunächst nur eingeschränkt gilt. Die Gewerkschaften greifen aber auch gestaltend in den Prozess der Erweiterung ein, damit die Interessen der Arbeitnehmerinnen in den alten und neuen EU-Staaten gewahrt bleiben.

Die Gewerkschaften haben bei der Erweiterung auch die Chancen und Risiken für die Frauen im Fokus. Die bisher bestehende Lücke in der öffentlichen Wahrnehmung und

Diskussion soll diese Veröffentlichung schließen. ◀



»Bringt Europa Frauen nach vorn? Chancen und Risiken für Gleichstellungspolitik«, Kirsten Rölke, Christiane Wilke, Mechthild Kopel (Hrsg.), VSA-Verlag, 184 Seiten, 12,80 Euro, ISBN 3-89965-112-X

Urteile

Mehrfachbefristung

Bei mehreren aufeinander folgenden befristeten Arbeitsverträgen prüfen die Gerichte in der Regel nur beim letzten Vertrag, ob die Befristung zulässig war. Eine frühere Befristung kann nur dann gerichtlich angegriffen werden, wenn sich die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer im nachfolgenden Vertrag das Recht zur gerichtlichen Kontrolle der vorherigen Befristung vorbehalten hatte. Dasselbe gilt, wenn ein Folgevertrag erst abgeschlossen wurde, nachdem eine Kontrollklage eingereicht wurde. Neben den in Paragraph 14 Abs. 1 Teilzeit- und Befristungsgesetz ausdrücklich aufgeführten Sachgründen gibt es weitere, die eine Befristung rechtfertigen. Beispielsweise, wenn mit

der Befristung eine Stelle für eine Übergangszeit besetzt werden soll, bis ein anderer Arbeitnehmer sie endgültig besetzt. **Bundesarbeitsgericht (BAG) – 7 AZR 218/04 vom 13. 10. 2004**

Mitbestimmung

Geht es um die zeitliche Lage von Pausen, bestimmt der Betriebsrat mit (Paragraph 87 Abs. 1 Nr. 2 Betriebsverfassungsgesetz). Das gilt nicht nur für unbezahlte Pausen, sondern auch für vergütungspflichtige tarifliche Kurzpausen. Allerdings hat der Betriebsrat kein Initiativrecht, um solche Pausen einzuführen und ihre Dauer festzulegen. Es gibt aber auch keinen allgemeinen Rechtsgrundsatz, wonach Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats zurücktreten

müssen, wenn sie die Organisation des Arbeitsablaufs berühren würden.

BAG – 1 ABR 20/02 vom 1. 7. 2003

Arbeitszeit

Wenn keine besondere Regelung existiert, kann der Arbeitgeber nach Paragraph 106 Gewerbeordnung die Lage der Arbeitszeit nach »billigem Ermessen« bestimmen. Er darf sich aber nicht nur von den eigenen Interessen leiten lassen, sondern muss die der Arbeitnehmer angemessen beachten. Dabei muss er auf schutzwürdige, familiäre Wünsche Rücksicht nehmen, so weit betriebliche Gründe oder berechnete Interessen anderer Arbeitnehmer nicht entgegenstehen.

BAG – 6 AZR 567/03 vom 23. 9. 2004

Impressum

metall Das Monatsmagazin der IG Metall

Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift: **metall**-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-6693-2445, Fax 069-6693-2000
E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de

Redaktionsleiter: Werner Hoffmann
(verantwortlich im Sinne des Presserechts)
Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Sylvia Koppelberg,
Antonela Pelivan, Gabriele Prein,

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Fotorecherche: Michael Schinke
Sekretariat: Ellen Sander

Internet: www.igmetall.de/metall

Anzeigen: Petra Wedel
Telefon 061 51-81 27-0, Fax 0 61 51-89 30 98
E-Mail: wedel@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-6693-22 24, Fax 069-6693-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metall erscheint monatlich (zehn Mal im Jahr).
Für Mitglieder der IG Metall ist
der Bezug im Beitrag enthalten.
Druck: APM AG, Kleyerstraße 3,
64259 Darmstadt.

**Für Sehbehinderte**

► Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metall** als Word- oder pdf-Datei erhalten.
Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

Tipps

Zeitarbeit Netzwerk gegründet

»ZeitarbeiterInnen – Ohne Organisation Machtlos« kurz ZOOM, ist ein neues Netzwerk-Angebot auf der Homepage der IG Metall.

Neben der Vernetzung haben Zeitarbeiter sowie Arbeitnehmervertretungen die Möglichkeit, Fragen rund um Zeitarbeit zu stellen. Das offene Forum kann zum Meinungsaustausch genutzt werden.

Im Netzwerk noch zu finden: Ein tagesaktueller Pressespiegel mit Berichten rund um die Zeitarbeit, Tipps zu Rechten und



Foto: randstad

Zeitarbeitberatung: Neues Angebot der IG Metall

Pflichten von Zeitarbeiter, Materialien wie Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen, Gesetze

und Verordnungen sowie Vieles mehr.

Das Netzwerk wird vom Franz-Künstler-Verein für Arbeitnehmerbildung unterstützt. Neben der Projektkoordinierung vermittelt und organisiert der Verein Arbeitnehmerkontakte auf internationaler Ebene. ◀

Infos im Netz

- Internet:
www.igmetall-zoom.de
www.franz-kuenstler-ev.de
Fragen rund um die Zeitarbeit?
- E-Mail:
info@igmetall-zoom.de

Pflegehilfsmittel Kostenerstattung

Bis Ende letzten Jahres konnten Pflegebedürftige selbst entscheiden, wo sie Hilfsmittel wie Windeln, Bettschutzeinlagen oder Einmalhandschuhe kaufen wollen. Gegen Vorlage der Quittung hat die Pflegekasse die entstan-

den Kosten bis zu einem monatlichen Höchstbetrag von 31 Euro direkt mit der Pflegekasse ab. Die Hilfsmittel können bundesweit von jedem zugelassenen Leistungserbringer bezogen werden. Kosten für Verpackung, Porto und ähnliches darf der Leistungserbringer nicht in Rechnung stellen. Fragen zu Leistungen der Pflegekassen? Experten der Verbraucherzentrale antworten am Informations- und Beschwerdetelefon »Pflege«. Montags und mittwochs von 10 bis 13 Uhr und donnerstags von 14 bis 18 Uhr, Telefon 06131-28 48 41. ◀



Foto: argum/Ch. Lehsten

Altenpflegerin: Neue Regeln für Erstattung in Kraft

denen Kosten bis zur Höhe von 31 Euro monatlich erstattet. Seit Januar 2005 dürfen die Pflegekassen diese Hilfsmittel nur noch über zugelassene Vertragspartner als Sachleistung übernehmen, darauf weist die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz hin. Eine Liste der zugelassenen Sanitätshäuser erhalten Pflegebedürftige oder ihre Angehörigen bei ihrer Pflegekasse. Die Sanitätshäuser dürfen erst liefern, wenn die Pflegekasse die Kostenübernahme schriftlich

Ratgeber Die Rechte von Patienten

Ob Praxisgebühr, Zuzahlung, Kassenwechsel oder Zusatzversicherung – für die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung hat es gewichtige Änderungen gegeben. Der Ratgeber »Gesetzliche Krankenversicherung« der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen und der Stiftung Warentest gibt einen Überblick über die wichtigsten Kassenleistungen und klärt allgemeine Fragen zu Mitgliedschaft und Beiträgen. Checklis-

ten geben Auskunft, welche Rechte bei Konflikten mit der Kasse geltend gemacht werden können und worauf zum Beispiel beim Widerspruchsverfahren zu achten ist. Der Ratgeber »Gesetzliche Krankenversicherung« kostet – ohne Porto – 12,90 Euro.

Bestelladresse: Verbraucherzentrale, Zentralversand, Adersstraße 78, 40215 Düsseldorf, telefonisch montags bis freitags von 9 bis 16 Uhr unter 0180-500 14 33 (bundesweit für 0,12 Euro pro Minute aus dem Festnetz), Telefax 0211-38 09 235, Internet: www.vz-nrw.de ◀

Kultur

Szenenbild von den Ruhrfestspielen



Foto: Ruhrfestspiele Recklinghausen

Ruhrfestspiele Lust, Schau und Trauer

Die Stücke des europäischen Bühnen-Aufklärers Gotthold Ephraim Lessing stehen im Mittelpunkt der Ruhrfestspiele 2005 in Recklinghausen. Noch bis 12. Juni werden Produktionen mit Theater, Ballett, Kabarett und Konzerte geboten. Das Programm reicht von Lessings Lustspiel »Minna von Barnhelm« bis zur Ballett-Inszenierung von »Romeo und Julia« sowie das Openair-Abschlusskonzert mit »Die Prinzen«. Karten und Programm gibt es bei: Kartenstelle der Ruhrfestspiele, Martinistraße 28, 45657 Recklinghausen, Telefon 023 61-92 18 0, Fax 023 61-92 18 18, Mail: kartenstelle@ruhrfestspiele.de, Internet: www.ruhrfestspiele.de. Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft erhalten ermäßigte Karten. ◀

Aktion

Briefmarkenspende Mitmachen

Rund 1850 Telefonkarten und 347 000 Briefmarken sind im letzten Jahr in den Bodelschwinghschen Anstalten in Bielefeld aufgearbeitet und Sammlern zum Verkauf angeboten worden – allein ein Drittel der Marken und Karten waren aus dem Metallbereich. Der Erlös sichert 130 Behindertenarbeitsplätze

in der Bielefelder Einrichtung. Wer bei der Aktion mitmachen will, schickt seine entwerteten Briefmarken und Telefonkarten an: Briefmarkenspendenaktion, Antonius und Martina Eikenkötter, Berliner Straße 15, 48231 Warendorf-Freckehorst.

Mehr Informationen auch im Internet unter: <http://people.freenet.de/briefmarkenspendenaktion> ◀



Fotopicture alliance/dpa

Das Kapital « benötigt eine Gegenmacht



HEINZ BONTRUP

darüber, dass das Kapital einer demokratischen Kontrolle bedarf.

Deutschland ist tief durchsetzt von einem unheilvollen neoliberalen Denken. Hierfür verantwortlich ist eine Politik, die weltweit eine rein markt- und kapitalorientierte Globalisierung und Liberalisierung ohne notwendige und hinreichende staatliche Kontrollen, insbesondere an den völlig entfesselten Finanzmärkten, zugelassen hat. Speziell in Deutschland wird diese falsche

Politik mit medialer Unterstützung seit Jahren gebetsmühlenartig als richtig dargestellt. Man müsse sich, obwohl von Menschen verursacht, damit abfinden, als sei dies unbeeinflussbar wie eine Naturgewalt. Die einzige Antwort (Alternative) darauf sei eine nationale angebots(profit)orientierte Wirtschaftspolitik, oder anders formuliert: Die Unternehmer und das Kapital müs-

sten bevorteilt werden und das uneingeschränkte Sagen haben. Die abhängig Beschäftigten hätten dagegen den Gürtel enger zu schnallen und sich zu bescheiden. Ludwig Erhard, langjähriger Bundeswirtschaftsminister und späterer Bundeskanzler, sah dies noch anders: Er wollte »Wohlstand für alle« und nicht nur »Wohlstand für Unternehmer und Kapitaleigner«; übrigens, Bundeskanzler Willy Brandt hat das auch noch so gesehen.

Unter dem nun seit 30 Jahren umgesetzten neoliberalen Regime sieht die Welt aber gänzlich

anders aus. Die Arbeitnehmer sind zu einer betrieblichen, jederzeit erpressbaren Restgröße geworden. Lohnsenkungen, längere Arbeitszeiten ohne Bezahlung und eine Beschneidung von heute nur unzureichend vorliegenden Mitbestimmungsrechten stehen in den Unternehmen auf der Tagesordnung.

Es regiert die nackte Angst, die bei den Menschen zu einer immer größeren Anpassung an die Verhältnisse führt und dringend benötigte Innovationen behindert. Denjenigen, die keine Arbeit mehr haben, sagt man, sie sollen (müssen) jede Arbeit annehmen. Sie sollen nicht nach der Qualität und der Bezahlung von Arbeit fragen. Hauptsache Arbeit sei in jeder Beziehung billig, egal ob Menschen davon leben, sich mit ihrer Arbeit identifizieren, geschweige denn ein planbares Leben davon führen können. Für Unternehmer und ihre Geschäfte ist dagegen Planungssicherheit eine gegenüber der Politik immer wieder eingeforderte und von dieser auch unumwunden zugestandene Selbstverständlichkeit.

So, wie die Löhne verfallen, so steigen die Gewinne. Sie werden letztlich zu funktionslosen Gewinnen, weil sie nicht, wie immer wieder fälschlicherweise betont wird, zu mehr Investitionen, Wachstum und Beschäfti-

Der Neoliberalismus ist gescheitert und es gibt Alternativen

»Mehr Teilhabe«

Sein Lebenslauf

Heinz Bontrup ist Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Fachhochschule Gelsenkirchen und Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Er war vor seiner Berufung zum Hochschullehrer lange in der Industrie tätig, unter anderem als Arbeitsdirektor in der Stahlindustrie. Seine Forschungsschwerpunkte Arbeitsökonomie mit den Schwerpunkten Beschäftigungstheorie, Mitbestimmung und Fragen zur Tarif- und Lohnpolitik.

Sein aktuelles Buch

»Arbeit, Kapital und Staat«

Im Zeichen der politisch betriebenen Globalisierung und einer scharfen internationalen Standortkonkurrenz ist es zu einer Verschiebung in den Verteilungsverhältnissen zu Ungunsten der Lohnabhängigen gekommen. Das Ergebnis ist wirtschaftlicher Stillstand und Massenarbeitslosigkeit. Heinz Bontrup nennt die Alternativen zum Neoliberalismus. Dabei geht es um eine demokratische Wirtschaft, die den allgemeinen Wohlstand erhöht und nicht nur den Reichtum einer kleinen Schicht.



»Gewinn ist kein Selbstzweck und die Wirtschaft ist für den Menschen da, nicht umgekehrt«

gung führen. Im Gegenteil: Die Krise verschärft sich und Arbeitslosigkeit nimmt zu, weil ganz einfach kaufkräftige Nachfrage fehlt. So führt ein sich immer mehr verfestigendes Überschussangebot an Ware Arbeitskraft zu unternehmerisch paradiesischen Verhältnissen und zu einem Unternehmerstaat. Es ist unerträglich geworden, wie die neoliberalen Geister in unserem Land immer unverschämtere Forderungen stellen und die »Große politische Koalition« diese erfüllt. Löhne runter, Steuern runter und dann schließlich den Sozialstaat, obwohl verfassungsmäßig verankert, bis zur Unkenntlichkeit verstümmeln. Hauptsache die Gewinne steigen (noch), und dann, so die ökonomischen Laienspieler und ihre politischen Claqueure, gehen wir alle ins gelobte Land der Vollbeschäftigung und des Wohlstands. Selbst derjenige,

der nur über einen geringen ökonomischen Sachverstand verfügt, müsste zu dem Ergebnis kommen, dass am Ende auch die Unternehmer und das Kapital die Verlierer sein werden. Sie sägen sich den Ast, auf dem sie glauben, sicher zu sitzen, selber ab. Mit rein neoliberal betriebener Angebotspolitik ist das kapitalistische System zutiefst instabil. So lässt sich keine Profitrate langfristig erwirtschaften und stabilisieren. Es kommt schließlich zu immer härteren Verteilungskämpfen nicht nur gegenüber den abhängig Beschäftigten, sondern auch im Kapitallager selbst. Die großen Unternehmen »fressen« die kleinen und mittleren Unternehmen. Konzentrationsprozesse und damit einhergehende Marktvormachtung mit enormen Gewinnumverteilungen innerhalb der Kapitalfraktion zu Gunsten des Großkapitals sind eine der

Folgen. Der Mittelstand blutet aus, er kann nicht mehr investieren und damit wachsen. Er kommt unter Kostendruck und muss Beschäftigte entlassen. Dies alles ist bereits in erschreckender Weise heute Realität. Auch hier versagt Politik auf ganzer Linie, auch hier gilt in der Politik die ökonomisch einseitige neoliberale Auffassung:

Der Markt wird es schon regeln.

Weder Markt noch Wettbewerb oder Gewinn sind aber ein Selbstzweck und die Wirtschaft ist für den Menschen da, nicht umgekehrt. Wir müssten eigentlich aus der Vergangenheit gelernt haben, um zu wissen, was passiert, wenn man die Wirtschaft sich selbst überlässt.

Das Unternehmertum ist aufgrund eines ausschließlich betriebswirtschaftlichen Denkens

unfähig, für eine krisenfreie und Vollbeschäftigung garantierende Wirtschaftsentwicklung zu sorgen. Ein starker, in den Markt intervenierender Staat ist deshalb notwendig. Außerdem benötigt das Kapital eine Gegenmacht

»Die Gewerkschaften sind aufgerufen, gegenüber der Politik auf eine Umsetzung der Demokratie in der Wirtschaft zu bestehen«

durch eine wirkliche paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen wirtschaftlichen Angelegenheiten. Ohne diese Mitbestimmung werden die Beschäftigten nie die Möglichkeit haben, Einfluss zu nehmen und über ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Die Gewerkschaften sind aufgerufen, gegenüber der Politik auf einer Umsetzung der Demokratie in der Wirtschaft zu bestehen. ◀

Monatsrätsel ...

Adria-halbinsel	staatliche Notver-sorgung	Aus-flug, Kurz-reise		zunächst, zuvor	Glätten, Planieren		ein-farbig	altöm. Göttin kultischer Brauch		Mitglied der Regierung
16							Grogzutat			4
	15			zweiteilig. Badeanzug ältester wbl. Vorfahr		9	olivgrüner Papagei			
Sumpf (süddt.)						englische Schulstadt			10	
Hilfe						Autosig-nalgerät				
				Stadt am Nordrand d. Fichtel-gebirges					Gegen-teil von: nicht mehr	
Haltung, Aussehen		Sportboot					belg. Stadt			11
TV-Außer-irdischer		schräge Kante				5	Mangel an klarem Weg			
				franzö-sisch: Sommer		Flugzeug-führer				
						Stadt in Thüringen				
taillen-loses Kleid								Autokz. von Celle		
Getränk						1	erdbrauner Farbstoff			
						Rhein-zufluss				7
						Staat der USA				
						Stadtteil v. München			17	tauglich, in Form
						un-verfälscht				Informa-tions-speicher (Abk.)
dt.-schweiz. Maler, † 1940		Autokenn-zeichen der Hansestadt Wismar		Wagenteil			alte belg. Währung (Abk.)		14	
				Nordtier						
						Mittel-meerteil				
						chem. Z. f. Chlor				
Berufs-aus-bildung	nicht hart							ehemalige Maßeinheit des Drucks (Abk.)		
absurd, ohne Bedeutung										

Lösungswort Kreuzworträtsel

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben und bis 30. Juni 2005 senden an:

Redaktion metall, Preisträtsel, 60146 Frankfurt

Lösungswort aus April: Meinungsmacher

Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung wieder

► **fünf IG Metall-Autosicherheitswesten** als Extrapreis. Zusätzlich verlosen wir **zwei IG Metall-Fußbälle**

Der Zusatzgewinn im Januar/Februar:

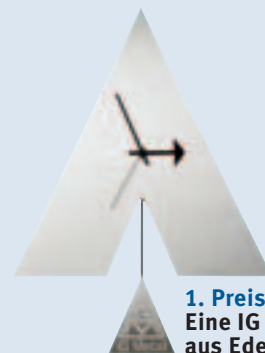
Je ein IG Metall-Fußball

geht an:

Heinz Beckmann, Bad Salzdetfurth
Jürgen Evers, Wolfsburg

Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall, allerdings keine hauptamtlich Beschäftigten.

Hauptpreise:



1. Preis:
Eine IG Metall-Wanduhr aus Edelstahl



2. Preis:
Ein original Steiff-Teddy »Petsy«



3. Preis:
Ein Multi-Funktionswerkzeug »Leatherman« aus Edelstahl

Lösungsspruch des Drei-Monats-Rätsels aus **Teil 4 bis 6** auf eine Postkarte schreiben und bis 30. Juni 2005 einsenden an:

Redaktion metall, Preisträtsel, 60146 Frankfurt

Sie müssen den Spruch aus drei aufeinander folgenden Heften eines Quartals lösen. Haben Sie den richtigen Spruch herausgefunden, können Sie pro Quartal einen der drei **Hauptpreise** und einen von **zehn Gutscheinen für die Büchergilde Gutenberg** im Wert von **25 Euro** gewinnen, gestiftet von der **BHW-Leben**. Und als weiteres Extra: eine **ACE-Klubmitgliedschaft** für ein Jahr im Wert von **51 Euro**.

1) Approach

- a) Laufgraben.....EDE
- b) LandeanflugSIED
- c) Gesetz.....UMI
- d) Besitzergreifung.....DIE

2) Barbecue

- a) FrisiersalonKLEI
- b) Musikinstrument.....SPR
- c) Baumwollflanell....FREU
- d) Gartenfest.....IEK

3) Enklave

- a) Nothelfer.....LEIM
- b) ProjektorTINK
- c) AusfuhrverbotISK
- d) fremdstaatl. Gebiet.....ET

4) Fustage

- a) KohleabbauIN
- b) griech. Männerrock...GL
- c) BußtageKR
- d) Leergut.....TE

5) Geoid

- a) GasblaseUN
- b) WüstenwindLL
- c) theoret. Erdform.....SU
- d) ägyptische Stadt.....CH

6) Neschi

- a) jap. Gürtelplastik.....ELL
- b) Fluss in Thüringen...ING
- c) KreuzblütlerACH
- d) arab. Schreibschrift...ESS

Kennen Sie die folgenden Wörter? Bei richtiger Lösung ergeben die rechts stehenden Buchstaben von oben nach unten gelesen, den sechsten Teil unseres Drei-Monats-Rätsels.



Foto: Kristina Jentzsch

Zu Besuch bei

Bobbie Hansel

Die Siemens-Betriebsratsvorsitzende managt nicht nur Krisen, sondern auch einen Kindergarten und die gewerkschaftsnahe Chor- und Revue-Gruppe »Auftakt«

metall-Autorin Heide Platen traf die aktive Metalllerin in der Nürnberger Südstadt

Kindergartenmanagerin und Metalller Elfriede Hansel

Überall ist Pumuckl, an der Eingangstür, an den Wänden. Kein Wunder im Pumuckl-Haus in der Nürnberger Südstadt. Und die Kinder singen für Besucher begeistert und ein bisschen schräg ihre Lieblingslieder, das »Sternenlied«, oder darüber, dass man schöne Sachen »Ganz einfach so« machen kann. 70 Kinder aus elf Nationen werden derzeit in dem nichtkonfessionellen Kindergarten betreut, solche aus dem Viertel und andere, deren Mütter bei der Siemens AG im Stadtteil arbeiten. Darauf ist die Betriebsratsvorsitzende Elfriede Hansel (49) stolz. 1999 hat sie einen Verein gegründet, das Projekt zusammen mit ihren Kollegen, Eltern und Sponsoren aufgebaut. Hansel, ihr Stellvertreter, alle im Betriebsratsbüro sind ehrenamtlich eingebunden: »Eigentlich managen wir damit selbst einen mittelständischen Betrieb.« Und der ist extrem frauenfreundlich organisiert, richtet sich nach den Arbeitszeiten der Mütter, ist von 6.30 bis 17 Uhr geöffnet.

Elfriede Hansel, in ihrer Kindheit »das Bobberle«, ist mit sechs Schwestern in einem kleinen, fränkischen Dorf aufgewachsen und kommt aus »armen, einfachen Verhältnissen«. Später wurde sie »Bobbie« genannt. Sie ist zierlich geblieben, aber zu einem Energiebündel herangewachsen. Die Mutter war, sagt sie, »ein Bauernmädchen«, der Vater Eisenbahner, nebenbei »ein Lebenskünstler«, der auf Hochzeiten sein Akkordeon spielte. Von ihm hat sie die Liebe zur Musik geerbt: »Ich konnte fast eher tan-

zen als laufen.« Sie singt Mezzosopran, spielt Gitarre, manchmal auch auf dem alten Akkordeon und berichtet über ihr zweites Lieblingsprojekt: Sie leitet die gewerkschaftsnahe Chor- und Theatergruppe »Auftakt«. Die sei zwar eine Laiengruppe, aber »auf sehr hohem Niveau«. Das Programm sei mittlerweile über die alten Kampflieder hinaus gewachsen. Natürlich werden auch noch Arbeiterlieder gesungen, aber das allein reiche nicht mehr aus, um das Publikum zu erreichen. »Auftakt« bietet Musik aus aller Welt, Kabarett und Revuetheater.

Zur IG Metall sei sie, sagt Bobbie Hansel, vor 25 Jahren »eigentlich durch die Musik gekommen«. Man musste Mitglied sein, um im Nürnberger Gewerkschaftschor mit-singen zu dürfen. Ihr gefielen die Lieder, dann aber engagierte sie sich politisch: »Es war eine aufregende Zeit.« Bei den Frauen herrschte Aufbruchstimmung. Sie forderten ihre Rechte nicht nur

außer-, sondern auch innerhalb der Organisation ein. Bobbie Hansel erkämpfte sich nach der Realschule den Besuch der Fachoberschule und war stolz, von Siemens als »Stammhaus-Lehrling« für die industriekaufmännische Ausbildung angenommen zu werden: »Damals war das noch schwer für Frauen.« Besonders begeistert war sie von dem betrieblichen Auslandsjahr in Mailand. Das habe ihren Horizont erweitert: »Da kommt man als anderer Mensch zurück.« 1987 wurde sie Be-

triebsrätin, seit 1992 ist sie Vorsitzende. Darüber staunt sie selbst, reißt die großen, graublauen Augen auf und schüttelt den braunen Pagenkopf: »18 Jahre mache ich das nun schon? Mein lieber Schwan.«

Und immer hat sie mit den Krisen im Betrieb leben müssen, mit Personalabbau, Verkauf von Firmenteilen, Umstrukturierungen, immer mit ganzem, temperamentvollem Einsatz. Da sind, sagt sie, der Kindergarten und die Musik nicht nur Facetten ihres gewerkschaftlichen Engagements, sondern auch ein Ausgleich. Denn außerdem ist sie noch im Ortsvorstand, im Gesamtbetriebsrat, amtiert als Arbeitsrichterin. Die IG Metall-Aktion »Gesund arbeiten« ist ihr besonders wichtig. Das bringe nicht nur Mitglieder, sondern sei heutzutage bei »hohem Arbeitsdruck« eine Notwendigkeit: »Dass wir darauf schauen, dass die Menschen gesund bis zur Rente kommen.« Und wenn

sie etwas wünschen dürfte? Bobbie Hansels Liste ist nicht lang: »Einen sicheren Stand-

»Zur IG Metall bin ich durch die Musik gekommen«

ort.« Und, ganz vorsichtig, »etwas mehr Zeit«. Aber nein, das klingt ihr dann doch zu defensiv. Lieber will sie außerdem noch, dass auch andere gelobt werden, ihre Kollegen ebenso wie die Betriebsleitung für die Unterstützung beim Aufbau des Kindergartens, dafür, dass im Haus ein Gesundheitsraum entstehen konnte und dafür, dass sich alle mittlerweile mehr um die Bedürfnisse von Frauen und Familien kümmern. ◀

Vorwärts mit der Dienstleistungsgesellschaft !



